

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonnen-zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Metzger & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: P. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Killaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Streikgendarm.

Der „Verband sächsischer Industrieller“ hat ein neues Mittel zur Einengung der Streikfreiheit und zum Schutze des angeblich so bedrohten Streikbrechers erfunden: den Streikgendarm. Er hat nämlich eine Eingabe an das sächsische Ministerium des Innern gerichtet, worin gefordert wird,

1. daß bei den 20 Polizei-Dienstbehörden und der Landgendarmarie geeignete Beamte ausgebildet werden, um den örtlichen Polizei-Beamten bei Streiks und Aussperrungen zur Verfügung zu stehen,

2. die Ministerien des Innern und der Finanzen zu ersuchen, im Besonderen die zur Regelung des Verkehrs auf den öffentlichen Straßen und zu deren Schutz erforderlichen Polizeivorfchriften zu ergänzen.

Die sächsischen Scharfmacher sind rechte Schlaumeier. Sie gerieren sich in der Öffentlichkeit als die minder Schlimmen, die ein gesetzliches Streikpostenverbot für überflüssig halten, und suchen auf Umwegen eben dieses Streikpostenverbot auf Grund der bisherigen Rechte einzuschmuggeln. Denn einen andern Zweck hat die Forderung nach „Regelung des Verkehrs auf den öffentlichen Straßen“ nicht. In der Begründung, die der Industriellenverband seinen Wünschen mitgibt, heißt es klar und deutlich:

Die Polizei als solche könne schon heute Ausschreitungen, wie sie vielfach durch Streikposten begangen werden, entgegenzutreten und den ungehinderten Gemeingebrauch der öffentlichen Verkehrsstraßen sichern. Dazu könne sie entweder die Polizeibeamten anweisen, Störungen und Gefährdungen des Straßenverkehrs durch Wegweisen von Streikposten entgegenzutreten, indem sie gleichzeitig durch Erlass polizeilicher Strafvorfchriften den Ungehorsam gegen die verkehrspolizeilichen Anordnungen der Beamten unter Strafe stellt. Oder sie könne für die Dauer eines geplanten oder ausgebrochenen Ausstandes und mit Beschränkung auf die betroffenen Ortsteile, sobald die Beförderung einer Gefährdung oder Störung des Verkehrs begründet sei, durch Polizeiverordnung zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Verkehrsstraßen das Streikpostenwesen, sei es schlechthin, sei es, sofern es den Verkehr stört oder hemmt, bei Strafe verbieten. Bei Polizeiverordnungen zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf öffentlichen Wegen sei Geldstrafe bis zu 80 M. oder Haft bis zu vierzehn Tagen zulässig (§ 366 Nr. 10 St.-G.-B.). Indes könne der Polizeibeamte widerpenstige Streikposten auch zwangsweise wegführen oder sie in Sicherungshaft nehmen. Durch eine ruhige, aber fest durchgreifende Handhabung der Straßenpolizei könne man daher die öffentlichen Straßen von den Ausschreitungen der Streikposten im wesentlichen freihalten.

Das ist ziemlich klar. Die Scharfmacher sächsischer Farbe, deren Führer der nationalliberale Abgeordnete Stresemann ist, verzichten auf Ausnahmegefesse gegen die Gewerkschaften nur deshalb, weil sie ihr Ziel auch ohne solche, nur mit Hilfe der „Gegensichtlichkeit“ der Behörden und der Polizei erreichen zu können hoffen. Damit das aber recht gründlich, schnell und durchaus nach dem Willen der Unternehmer geschieht, sollen die Landgendarmen zu Streikgendarmen ausgebildet werden. Selbstverständlich soll diese Ausbildung nicht darin bestehen, daß die Gendarmen über die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, soweit sie das Koalitions- und Streikrecht sichern, unterrichtet und zu deren Beachtung ermahnt werden. Bewahre! Damit ist den Stresemännern ganz und gar nicht gedient. Was sie wollen, wie sie sich die Instruktion der Streikgendarmen denken, kann man zwischen den Zeilen der Begründung lesen. Es heißt da nach einem Hinweis auf die Streikreglements der Gewerkschaften und die Instruktionen für die Streikposten:

„Es leuchtet ein, daß einem solchen wohlorganisierten System der Durchführung von Arbeiterbewegungen nur dann wirksam entgegengetreten werden kann, wenn auch die von den Polizei- und Aufsichtsbehörden mit der Ueberwachung von Streikposten und der Regelung der Sicherheit beauftragten Beamten sich als in gleicher Weise gekümmert erweisen, wenn sie insbesondere über das Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaften bei Streiks, über die zu beobachtenden Maßnahmen bis ins einzelne unterrichtet und ihnen die Streikreglements und Streikanleitungen der Gewerkschaften genau bekannt sind. Denn nur so scheint es möglich, daß sie allen aus der Ueberwachung der Streikposten sich ergebenden recht oft schwierigen Lagen gewachsen sind. Insbesondere ist es für diese Ueberwachungsorgane wichtig, hinsichtlich der gerichtlichen Praxis mit Bezug auf das Streikpostenwesen und die mit demselben verbundenen Mißstände genau unterrichtet zu sein.“

Die Einseitigkeit der „Ausbildung“ leuchtet ein. Nicht eine objektive Unterrichtung der Gendarmen, die man manchmal sehr notwendig wäre, wird gefordert, sondern eine rücksichtslose Drosselung auf die Gewerkschaften bzw. auf die streikenden Arbeiter. Die Stresemänner wünschen, daß die Gendarmen nicht nur die Streikreglements und die Streikposteninstruktionen der Gewerkschaften, sondern sogar die Praxis der Gerichte bei Aburteilung von Streikfäulern kennen. Warum aber fordern sie nicht, daß die Gendarmen auch die Aussperrungsanweisungen und Lohnkampf-Instruktionen der Unternehmerverbände kennen lernen? Warum sollen sie nicht auch über die Praxis der Streikbrechervermittlerbureaus, über die moralischen Qualitäten und systematischen Aufreizungen der berufsmäßigen Streikbrecher unterrichtet werden?

Das alles scheint den sächsischen Scharfmachern nicht nötig. Sie wollen ja auch nicht die Landgendarmen zur Kenntnis und Beachtung der Gesetze anhalten, sondern sie wollen sie zu noch gehorhameren Hütern kapitalistischer Interessen erziehen. Gleichwie man Polizeihunde auf Verbrecher dressiert, sollen die Gendarmen

auf „Sozialdemokraten“, das heißt auf ehrlich kämpfende Arbeiter, abgerichtet werden.

Der Plan ist allerdings nicht ganz neu. Der mit liberalen Vorwörtern hausierende Präsident des Hansabundes, Geheimrat Nießer, hat schon vor Jahresfrist die Schaffung einer Streikinstruktion gefordert, die vom Reichsamt des Innern, oder auf dessen Veranlassung in übereinstimmender Fassung seitens der Landespolizeibehörden der Bundesstaaten, veröffentlicht und allen für Streikfälle in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Organen zugestellt werden müßte. Auch diese Streikinstruktion sollte selbstverständlich — bei den national-liberalen Politikern ist das Reaktionsärste immer das Selbstverständliche — eine Waffe gegen die kämpfenden Arbeiter und nicht eine Ermahnung zur Neutralität bei wirtschaftlichen Kämpfen sein. Die Stresemänner haben den Nießerschen Gedanken nur „fortentwickelt“.

Lassalle hat den Staat einmal Nachwächter der Besitzenden genannt — die Stresemänner scheinen in den Polizeisten nur Hofhunde der Unternehmer zu sehen.

Die Kartellfrage.

Die Kartellfrage will nicht zur Ruhe kommen. Wenn schon nicht ein unmittelbarer Anlaß zu ihrer Erörterung vorliegt, so sorgt schon die kapitalistische Entwicklung als solche dafür, daß die Auseinandersetzungen über das vielseitige Kartellproblem nicht zur Ruhe kommen. Für die Arbeiterschaft aber ist die Angelegenheit deshalb bedeutsam, weil sie zeigt, wie die Unternehmer den Organisationszwang handhaben, wenn er ihren Profitzwecken dient. In dieser Hinsicht ist seit der vor 10 Jahren abgehaltenen Kartellenquete eine gewisse Verschärfung eingetreten, und man kann sagen, daß sich das ganze Problem auf die Frage zuspitzt, wie hier eine mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbarliche Ordnung hergestellt werden kann. Denn daß der gegenwärtige Zustand dem Bedürfnisse der Allgemeinheit entspricht, wird auch der überzeugteste Lobredner der Kartelle nicht ernsthaft behaupten können, ohne mit den Tatsachen in Widerspruch zu geraten.

Man hört darum immer wieder, daß die Regierung ein Kartellgesetz vorbereite. Die Verhandlungen sollen sich in der Richtung bewegen, ob man ein Reichskartellamt als besondere Abteilung im Reichsamt des Innern oder als eigenes Amt, etwa nach dem Vorbilde des Aufsichtsamtes für Privatversicherung, einrichten soll. Dem Kartellamt würde die Aufgabe zufallen, die Kartelle zu beaufsichtigen, ihre Satzungen zu prüfen und zu den Beratungen der Kartelleiter einen Kommissär zu entsenden. Ferner soll ein Kartellregister geführt werden.

Man will in den Prozeß der Kartellbildung regulierend eingreifen. Deshalb nahm man schon 1903 kontraktatorische Untersuchungen vor. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Denkschrift vorgelegt mit Uebersichten über die statistischen, statutarischen und rechtlichen Verhältnisse der Kartelle im In- und Auslande. Ein Band behandelte speziell den deutschen Kohlenbergbau, in dem das Kartellwesen besonders stark ausgebildet ist. Ueberhaupt kann als ein Hauptgebiet der Kartellstätigkeit die großindustrielle Produktion einschließlich des Bergbaus angesehen werden; ebenso das Transportwesen: Eisenbahnen in Ländern, wo das private Gesellschaftssystem vorherrscht, und Schifffahrt.

Die Zahl der industriellen Kartelle ist in Deutschland sehr groß. Eine vom Reichsamt des Innern vor nicht zu langer Zeit vorgenommene Erhebung stellte 385 Verbände fest, die sich auf die einzelnen Industriezweige wie folgt verteilen:

	Zahl der Kartelle
Kohlenbergbau	19
Eisen	62
Metallindustrie	11
Chemische Industrie	46
Textilbranche	31
Leber und Hautschut	6
Holzindustrie	5
Papierindustrie	6
Glasindustrie	10
Ziegelindustrie	132
Steine und Erden	27
Tonwaren	4
Nahrungs- und Genussmittel	17
Elektrotechnik	2
Sonstige	7

Diese Statistik ist jedoch (namentlich für die chemische Industrie) nicht vollständig. In dieser Industrie sind weit über 160 Produkte Gegenstände von Vereinbarungen, und manche chemische Fabriken sind an Dutzenden von Kartellen beteiligt. Doch sind sehr viele dieser Kartelle nur ganz lose Vereinigungen, die häufig wieder zerfallen und nach einer Zeit des Konkurrenzkampfes abermals zustandekommen. Auch in der Eisenindustrie geht die Zahl der kartellierten Artikel in die Hunderte. Hier sind die Kartelle der Fertigfabrikate oft nur die Folge der Kartellierung der Roh- und Hilfsstoffe sowie der Halbzeugfabrikanten. Das Kartellwesen der Eisenindustrie stellt den Typus einer vorgeschrittenen Organisation dar, und der Stahlwerkverband ist der erste Versuch, eine ganze Anzahl verschiedener Produkte in einem großen gemeinsamen Generalkartell zusammenzufassen und einheitlich zu regeln bzw. zu kontrollieren.

Im ganzen wird die Zahl der Kartelle auf etwa 500 geschätzt; die Zahl der Erzeugnisse, die schon Gegenstand der Kartellierung

waren, auf über 400.*) Welche Gruppen der Produktion bzw. des Handels sich hierzu besonders eignen, ist noch nicht genauer untersucht; doch darf die Größe des investierten Betriebskapitals und des in Betracht kommenden Kapitalinteresses wohl als ein höchst kartellförderliches Moment angesehen werden. Je geringer die Zahl der Interessenten und je gleichartiger ihre Interessen sind, desto größer ist die Organisierbarkeit einer Industrie. Demgemäß erscheinen auch die Bedingungen für eine Kartellierung in der Urproduktion (Bergbau und Hüttenwerke) günstiger als in der Industrie für Finalprodukte. Will man reichlich zu einem richtigen Urteile über diese Erscheinungen der Wirtschaft gelangen, dann darf man sich durch die Mannigfaltigkeit der Interessengemeinschaften, ihre wechselnden, durch die stete jeweilige Entwicklung bedingten Formen nicht irreführen lassen. Es gibt in allen Gruppen der Produktion, auch in der Landwirtschaft, oft ganz formlose und dennoch feste Vereinigungen, die aber deswegen noch lange keine Betriebs-, geschweige denn Besitzkonzentrationen sind. Ueberhaupt ist es falsch, den Begriff des Kartells lediglich nach den Merkmalen, die die Industrie bietet, abzugrenzen und zu erklären. Auch den agrarischen Organisationen kommt der Monopolcharakter der industriellen Kartelle zu, wenngleich sie von diesen verschieden, weil anders aufgebaut sind. Die juristische Konstruktion ist nichts, auf den Zweck, das Ziel und die Mittel zur Erreichung desselben kommt es an! Der Bund der Landwirte, der den Staat in seine Dienste zu zwingen versteht, verfolgt mit seiner Organisation Kartellzwecke und erzielt Monopolwirkungen, ohne daß er es nötig hätte, sich der Kartellorganisation förmlich zu bedienen, weil die agrarische Produktion infolge ihrer umfassenden Genossenschaften und sonstigen Verbände es verstanden hat, durch die Selbsthilfe wie die Staatshilfe monopolistische Vorteile zu erlangen, wenn schon nicht für alle Artikel, so doch für die wichtigsten und unentbehrlichsten. Es muß nicht gerade zu einem einzigen Organisationskörper kommen; wenn nur eine einheitliche Leitung vorhanden ist, die auf ein übereinstimmendes Interesse aller Beteiligten rechnen kann. Und das ist gerade bei den Landwirten der Fall, wenigstens in weit höherem Maße als bei den Industriellen; denn die Landwirte stützen sich auf das Bodenmonopol, das an und für sich schon organisierend wirkt, und wofür die industriellen Unternehmer keinen gleichwertigen Ersatz haben.

Daraus erklären sich denn auch die Schwierigkeiten der Kartellführung, ein Kartell zustande zu bringen und beisammen zu halten. Welcher Methoden sie sich hierbei bedienen, ist wiederholt geschildert worden. Besonders eingehend befaßt sich damit eine vor kurzem erschienene Schrift,**) aus der hervorgeht, daß der Kampf der Kartellkriter gegen Außenleiter und unbotmäßige Elemente im Innern heute in ein schier künstlerisches System gebracht erscheint, wogegen der den freien Gewerkschaften von deren Gegnern angebotene „Terrorismus“ ein wahres Kinderspiel ist. Was es nur an Zwangsmitteln gibt, um die dem Kartell widerstrebenden Elemente in dieses hineinzuquetschen, das wird mit rücksichtslosem Drucke angewendet: Materialsperrre, Sperrung der Arbeitskräfte, Sperrre des Absatzes, Vertragsauflösen, durch welche jedwede Konkurrenz mit Gewalt hintangehalten und im Keime erstickt wird. Der Kartellkapitalismus kennt nur ein Gebot: den Profit; nur ein Interesse: den Profit; nur einen Zweck: den Profit. Demgemäß unterwirft er wie die katholische Kirche alles seiner Diktatur: Staat und Individuum, Arbeiter und Konsumenten, Wirtschaft und Kultur. S. R.

*) Siehe „Kartelle und Trusts“. Von Prof. Dr. R. Viefmann. Stuttgart 1910. — Eine genaue Zählung ist seither nicht vorgenommen worden.

***) Dr. Fritz Kestner: „Der Organisationszwang“. Berlin. Carl Heymanns Verlag, 1914.

Vom Aufsichtsratswesen.

„Im Laufe eines Menschenalters hat sich eine Oligarchie gebildet, so geschlossen wie die des alten Venedig. Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschäfte des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung.“

Dr. Walter Rathenau, ein kundiger Lehener im Reiche der Börse und Industriewelt, der Sohn des allmächtigen Generaldirektors der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, hat einmal diese Charakteristik von der „Herrschaft der Wenigen“ im Wirtschaftsleben gegeben. Wir kommen immer mehr in die Entwicklung der Gesellschaftsunternehmungen hinein; in Handel und Gewerbe hält der Kapitalismus immer größere Gebilde zusammen, die Kommandogewalt über diese neuen Gesellschaftsformen aber übernehmen die Vertreter der Börse, des Finanzkapitals. Und hier finden wir auch das Anticameraswesen, den Humberg der Aufsichtsratsstellungen.

Um nur ganz willkürlich ein Beispiel aus der Industriepraxis herauszugreifen: In einer der letzten Bilanzen des Siemens-Schudert-Konzerns befanden sich zwei sehr interessante Posten. Es wurde erwähnt, daß vom Reingewinn die Angestellten und Arbeiter „Gratifikationen“ erhielten in der Gesamtsumme von 800 000 Mark. Gleich unter dieser Summe aber stand ein Posten von 334 000 Mark als Anticame, die an 11 Vorstandsmitsglieder gezahlt wurden.

Eine hübsche Gegenüberstellung! Dem gesamten Heer der Angestellten und Arbeiter wird die Summe von 800 000 Mark überwiesen. Ein Betrag, der eigentlich fälschlich als Gratifikation

bezeichnet wird. Meist bekommen ja auch die Arbeiter keine Gratifikation, sondern nur die Angestellten; bei denen aber bedeutet dieses „Geschenk“ nur einen Bestandteil von regulären Arbeitsentlohnungen. Zwar besteht kein klagbares Anrecht auf diese Summe, der famose Kniff liegt darin, den Arbeitnehmer, der nicht das genügende „Geschäftsinteresse“ entwickelt hat, durch Entziehung der Weihnachtsprämie zu strafen. Diese 800 000 Mark sind also in Wirklichkeit keine Gratifikationen, sondern Bestandteile vom Arbeitslohn, der den Angestellten vorenthalten war. Aber die 334 000 Mark sind „Gratifikationen“; sie sind die Lantime, die an eine Tischrunde von 11 Aufsichtsratsmitgliedern verteilt wurde. Jeder hat die Kleinigkeit von 30 000 Mark eingesteckt.

Was wir hier anführen, ist, wie gesagt, nur ein Beispiel, zufällig herausgegriffen aus den Bilanzen großer Unternehmungen. In den letzten Jahren wird man eine ganze Reihe solcher markanter Zahlen finden. Ob es sich um eine Maschinenfabrik handelt, um eine chemische Großfirma oder um eine Brauerei, das Aufsichtsratsverfahren findet sich überall in der gleichen Art, und es ist eine der Erscheinungsformen der kapitalistischen Wirtschaftskultur überhaupt. Wir wollen uns die Herren, wie sie im Aufsichtsrat sitzen, einmal näher ansehen.

Zunächst hat man sich von der Illusion zu befreien, als wenn mit einem hochbezahlten Aufsichtsratsposten eine aufsteigende Arbeitsleistung verbunden wäre. Wollte man allerdings nach den Geschäftsvorfällen gehen, nach den Verpflichtungen, die ein Aufsichtsratsmitglied zu erfüllen hat, würde man zu falschen Schlüssen kommen.

Zur Leitung der Geschäfte sind die Aufsichtsratsmitglieder zwar nicht direkt berufen, denn diese liegt den Direktoren und dem Vorstand ob. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen, die Jahresbilanzen zu prüfen und der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Soll diese Aufsicht indessen wirklich gewissenhaft ausgeführt werden, so erfordert sie immerhin Arbeit genug, denn es müssen dann die Aufsichtsräte ganz genau über den Verlauf der Geschäfte unterrichtet sein. Das Gesetz räumt den Mitgliedern des Aufsichtsrates das Recht ein, jederzeit Einsicht in die Bücher und den gesamten Geschäftsbetrieb zu nehmen, legt ihnen eine Verantwortung auf, die scheinbar ziemlich weitgehend ist. Es sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats „die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes“ betätigen, und sie sind den Mitgliedern der Gesellschaft für Schäden, die aus ihrer Fahrlässigkeit entstehen, haftbar. Doch sind die Bestimmungen über den letzten Punkt derart dehnbar, daß nur im Falle nachgewiesener Schwindels, grober Betrügereien, bewusster Bilanzfälschungen, die Aufsichtsräte auch wirklich zu Schadenersatz gezwungen werden können. Wenn es sich für die Mitglieder des Aufsichtsrates um wirklich eingehende Kontrollfunktionen handelt, dann geht man jetzt einfach dazu über, für diese Revisionsarbeiten sich tüchtige Fachleute anzustellen. Das Aufsichtsratsmitglied treibt dann die Lantime ein, der Sekretär oder Revisor macht für ihn den Teil der Arbeit, der wirklich mühsam ist.

Somit ist der Aufsichtsratsposten eine Sinecure. Das läßt sich schon glatt damit beweisen, daß manchmal zehn Aufsichtsratsposten in den Händen eines Mannes liegen. Zehn sind es sogar noch mehr Verpflichtungen, und immer handelt es sich um Leute, die daneben einen mehr oder weniger zeitraubenden Hauptberuf haben. Die Qualifikation zu einer solchen Stellung liegt also nicht in der Arbeitskraft des Betreffenden, sondern in andern Eigenschaften, die er haben muß.

Meist braucht man Namen. Eine mehr oder weniger zweifelhafte Simulationsoperation soll in der Öffentlichkeit dadurch respektabel werden, daß im Aufsichtsrat Geheimräte, Excellenzen usw. sitzen. Bei sehr hohen Kapitalwerten sind manchmal sogar Staatsminister a. D. dienstbar. Diese Namen müssen sie haben. Eine angenehme Begleitercheinung dieser Würdenträger ist dann, daß sie „Beziehungen“ haben. Besonders wendet ja die Großindustrie mit Vorliebe das Mittel an, höhere Regierungsbekämte für ihre Betriebe zu gewinnen. Im Verkehr mit Behörden, bei der Vergebung von Lieferungen läßt es sich vorteilhaft arbeiten, wenn ein solcher Repräsentant die Verbindung für seine Firma in jene Bureauschleifen schlägt, wo er selbst einmal festhaft war. Für die betreffende Kapitalgesellschaft wird dann solch ein Aufsichtsratsmitglied ein wertvoller Mitarbeiter.

Dann gibt es noch eine zweite Gruppe von Leuten, die in diese Aufsichtsratsposten dadurch hineinkommen, daß sie sich einfach selbst dazu machen. Sie erkämpfen sich ihre Stellungen auf Grund des Besitzes von Aktien. Der Parlamentarismus in den Aktionärsversammlungen ist ja eine sehr eigenartige Verhandlungsform. Mancher Angestellte oder Arbeitervertreter, der als für einen Tag gemachter Aktionär an solchen Verhandlungen teilnimmt, mag das schon empfunden haben. Die Stimmen in der Aktionärsversammlung werden nämlich nicht gezählt, sondern weggegeben. Wenn zum Beispiel ein Organisationsvertreter, dem auf einen Tag eine Aktie gekauft worden ist, seine Beschwerden zur Geltung bringen will, erhebt sich nach ihm ein Aktionär und stellt einfach den Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung. Der Antragsteller hat vielleicht die Majorität, weil er die meisten Aktien „verkauft“, denn bei der Abstimmung entscheidet die Zahl der Anwesenden. So kann auch irgendein Kapitalist oder eine Kapitalgesellschaft, die genügend Aktien eines Unternehmens angekauft hat, damit die Majorität erwerben: ihre Vertrauensleute drängen in den Aufsichtsrat hinein, und das Schicksal der Unternehmung wird bestimmend beeinflusst.

Damit kommen wir zu der dritten Gruppe der Aufsichtsratsmitglieder: den Vertretern der Banken. Man kann auch sie Einträglichkeiten nennen, denn sie werden nicht immer ganz freiwillig zugezogen. Diese Einträglichkeit hängt mit dem Wachsen der Herrschaft des Finanzkapitals zusammen. Wenn die Banken Geldbesitzer der Industrieunternehmungen werden, wollen sie auch die Aufsicht über solche Betriebe ausüben, denen sie Kredit gewähren. Deshalb sind die Kommandanten der Bankenmacht, die Herren der Hochfinanz, wie solchen Aufsichtsratsposten überhäuft. Der Herrscher greift immer weiter hinein in das Getriebe des Wirtschaftens, denn er ist der Vertreter des Kapitals, der die Bedenken und Wünsche des modernen Kapitalismus.

Unter diesem Gesichtspunkt ist also der Anspruch von Kapitalisten zu verstehen und zu begreifen, den wir an die Spitze unserer Forderung gestellt haben. Je weiter wir in der kapitalistischen Entwicklung vorwärts schreiten, desto größer wird über den Menschen, über den Arbeiter und Angestellten, der Machtbereich des Kapitals.

Gewerkschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1913.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bringt, wie alljährlich, in Nr. 1 einen Rückblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr. Nach einer Besprechung der wirtschaftlichen Zustände des Jahres 1913 und einer statistischen Darstellung über den Beschäftigungsgrad wird die gewerkschaftliche Bilanz wie folgt gezogen:

Die Gewerkschaften konnten sich den ungünstigen Wirkungen der Wirtschaftslage nicht ganz entziehen. Wenn auch die meisten Organisationen wieder standgehalten haben, hat doch eine Minderzahl mit teilweise erheblichen Mitgliederverlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahlen für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1913 2 595 339 Mitglieder, dagegen am Schlusse des dritten Quartals 1912 nur 2 575 663 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,75 Prozent. Keine Angaben lagen von einem Verbands mit 8517 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigerere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederzahl hinter der des Vorjahres, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringendste Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin zu bestehen, daß der Verlust sobald als möglich wieder ausgeglichen wird.

Ueber die Lohn- und Tarifbewegungen lesen wir: Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge im Berichtsjahre bildeten die großen Lohn- und Tarifbewegungen. Wenn auch die Voraussage, daß das Jahr 1913 ein Kampfsjahr von außerordentlicher Bedeutung sein werde, sich nicht ganz erfüllt hat, da es gelang, die umfangreichsten Bewegungen friedlich zum Abschluß zu bringen, so waren doch noch immerhin große Kämpfe zu verzeichnen, vor allem im Malergewerbe, dessen Unternehmertum es darauf abgesehen hatte, die Arbeiterorganisationen weißbluten zu lassen, nicht minder auch in der Textilindustrie, wo das unbesonnene Vorgehen der Arbeiterschaft selbst sehr z. Organisationslosigkeit nach sich zog. Größere Kämpfe waren auch in der Binnenindustrie, in der Krefelder Färberei, in der Stuttgarter Maschinenindustrie, in der Berliner Herrenkonfektion und im Seltener Hagen zu verzeichnen; sie endeten mit Ausnahme des Berliner Schneidertreits und des großen Kampfes der Maler erfolglos. Darin zeigte sich wiederum die der Arbeiterschaft nachteilige Wirtschaftslage, die den Erfolg ihrer Lohnkämpfe fast völlig in Frage stellte. Angehts dieser Unzulänge der Berichtsjahre war es doppelt bedauerlich, daß im Baugewerbe und Holzgewerbe die drohenden schweren Kämpfe vermieden wurden, wie es doppelt tadelnswert war, daß in der Schiffbauindustrie die Arbeiter sich nicht halten ließen und durch ihr eigenmächtiges Vorgehen den ganzen Erfolg der eingeleiteten Lohnbewegung verfeherten. Die Tarifbewegungen im Bau- und Holzgewerbe sind erfolgreich für die Arbeiterschaft beendet worden. Ein großes Verdienst um die schließliche Ausgleichung der Differenzen haben sich dabei die Herren Unparteiischen erworben, denen der Dank der gesamten Beteiligten wie auch der Öffentlichkeit gebührt.

Die sozialpolitische Ernte des Jahres 1913 bezeichnet das Korrespondenzblatt als überaus dürftig. Es meint: Wäre nicht das Anstellenversicherungsgesetz in Kraft getreten, so hätten wir große Mühe, ein positives Ergebnis festzustellen. Insbesondere hat die Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosennot verjagt und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung wie auch die Förderung der kommunalen oder landesrechtlichen Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Sie hält das Problem der Arbeitslosenversicherung für ungenügend ausgereift und will sich vorläufig mit dem Ausbau der Arbeitslosenstatistik und der Arbeitsvermittlung begnügen. Das Venter System, das die Arbeitslosenunterstützung der Arbeiter- und Angestelltenverbände mit öffentlichen Mitteln subventioniert, lehnt sie ab, weil es den in Unternehmertreuen unangenehm empfundenen Organisationsgedanken kräftigt. Die Arbeiter sind also auch weiterhin auf die geringen Mittel der Selbsthilfe verwiesen. Daß die Arbeiterschaft ihre Arbeitslosen nicht vergißt, beweisen die großen Sammlungen in Berlin und andern Städten aus Anlaß des Weihnachtsestes. Die Verbitterung gegenüber dieser im Nehmen allzu bereiten, im Geben aber engherzig-lässigen Regierung wird indes durch den ablehnenden Standpunkt der letzteren weiter um sich greifen und die politischen Gegensätze unerbittlich verschärfen.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten wird jodann erwähnt und darauf verwiesen, wie rührig die leitenden und maßgebenden Kreise Deutschlands beim Ausbau tätig waren.

Dem kommenden Jahr — so schreibt das Korrespondenzblatt — wird die steigende Arbeitslosigkeit ihren Stempel aufdrücken. Aller Voraussicht nach gehen wir einer neuen Krise, wenn auch vielleicht von kürzerer Dauer, entgegen. So drüben ihre Wirkungen besonders in den Kreisen der Arbeiter empfunden werden, so muß doch auch neue eingeschärft werden, daß in solchen kritischen Zeiten ein vorzüglich abgewogenes Vorgehen der Arbeiterorganisationen, bei dem Einmütigkeit auf allen Punkten der Kampfeslinie herrschen muß, doppelt notwendig ist. Den wachsenden Anforderungen größerer Kämpfe wird die Schaffung einer zentralen Streikunterstützung durch den diesjährigen Gewerkschaftskongress Rechnung tragen, so daß, wenn solche Kämpfe uns angezwungen werden, auch ihr Erfolg verbürgt werden kann. So können wir auch der dunkel-benennlichen Zukunft getrost ins Auge schauen und alle Kräfte für die weitere Stärkung unserer Organisationen aufwenden, denn nur in diesem Zeichen werden wir siegen!

Dritter Bericht über die internationale Organisation der Fabrikarbeiter.

In unserem Bericht für das Jahr 1911 gaben wir einleitend ein Zahlenbild über die Gesamtsstärke der gewerkschaftlichen Internationale für das Jahr 1910. Dem diesjährigen Bericht wollen wir einen gleichen Ueberblick voranstellen. Wir benutzen für unsere Zusammenstellung den Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung 1911, herausgegeben vom Genossen K. Legien, Berlin, internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Nach den Schlussziffern dieses Berichts hat sich die Zahl der in 20 Ländern gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter um 1 530 309 gegen das Jahr 1910 erhöht; die Zahl der an die Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschafts-Mitglieder ist um 779 284 gewachsen. Eine sehr grosse Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist also der gewerkschaftlichen Internationale nicht angeschlossen. Wie Genosse Legien darlegt, ist dieses Abseitsstehen der Organisationsgruppen in der Regel auf abweichende politische und religiöse Anschauungen zurückzuführen. Die fernstehenden Gewerkschaften lassen infolge der Einflüsse gewisser Kreise, die ausserhalb der Arbeiterklasse stehen, sich nicht von dem Gedanken leiten, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, sondern lassen politische und religiöse Grundsätze und Anschauungen entscheidend sein. Die Unternehmer sind geneigt, die daraus entstehende Zersplitterung der Arbeiter zu fördern; nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche“ bietet sie ein Mittel, die kämpfenden Arbeiter zu schwächen. Bei der Organisation der Arbeitgeber spielen religiöse und politische Anschauungen keine Rolle; da sind Gläubige und Ungläubige,

Juden und Christen, Katholiken und Protestanten einheitlich in der Unternehmerorganisation zusammen geschmiedet. Diese kennt nur ein Ziel: die Interessen des Kapitals gegen jene der Arbeit zu vertreten und mit aller Macht zu verteidigen.

Der Prozentsatz der nicht angeschlossenen Gewerkschaften ist für 12 Länder ermittelt. Es ist dieser: Norwegen 0,66; Oesterreich 15,17; Kroatien 15,55; Dänemark 17,90; Vereinigte Staaten 22,23; Deutschland 23,56; Schweden 31,12; Italien 45,91; Frankreich 56,28; Belgien 59,24; Niederlande 66,01; England 71,38.

Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.

	Insgesamt organisiert		Der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
England	2 440 723	3 010 346	710 994	861 482
Frankreich	979 350	1 029 238	340 000	450 000
Belgien	138 928	92 735 ¹⁾	68 984	72 224 ²⁾
Niederlande	143 850	153 689	44 120	52 235
Dänemark	123 864	123 224	101 563	105 269
Schweden	121 180	116 500	85 176	80 129
Norwegen	47 453	53 830	46 237	53 475
Finnland	24 928	19 640 ³⁾	15 346	19 640
Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 298	2 339 785
Oesterreich	451 232	496 263	400 565	421 905
Bosnien-Herzegow.	6 269	5 587 ⁴⁾	6 086	5 587
Kroatien-Slawonien	6 805	8 504	5 108	7 182
Ungarn	86 778	96 180	86 778	95 180
Serbien	7 418	8 337	7 418	8 337
Rumänien	8 515	6 000	8 515	6 000
Bulgarien	3 000 ⁵⁾	—	3 000	—
Schweiz	93 797	78 119 ⁶⁾	63 863	78 119
Italien	783 538	709 943	359 383	384 446
Spanien	40 984	80 000	40 984	80 000
Vereinigte Staaten	1 710 433 ⁷⁾	2 282 361 ⁸⁾	1 710 433	1 775 000
	9 905 189	11 435 498	6 121 711	6 900 995

¹⁾ Mitgliederzahl der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen. ²⁾ Mitgliederzahl der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen. ³⁾ Der Landeszentrale angeschlossen. ⁴⁾ Ausserdem 3 000 000 Mitglieder in zwei landwirtschaftlichen Organisationen (Farmer), die aber als eigentliche Arbeitergewerkschaften nicht angesehen werden können.

Die Internationale der Fabrikarbeiter.

Seit dem letzten Bericht hat die Internationale der Fabrikarbeiter einen weiteren Anschluss einer Bruderorganisation zu verzeichnen. Der belgische Fabrikarbeiterverband erscheint zum ersten Male unter den berichtenden Organisationen. Der belgische Verband hatte in 36 Sektionen am Schlusse des Jahres 5786 Mitglieder zu verzeichnen. Die Unternehmer führen gegen diese junge Organisation einen rücksichtslosen Kampf, bei dem sie vor der Missachtung des Versammlungs- und Koalitionsrechts nicht zurückschrecken. Wie der Verbandssekretär Genosse Aug. D. Bruyne berichtet, werden die Verbandsmitglieder aus der Arbeit entlassen, sobald sie sich an Versammlungen der Organisation beteiligen. Ein Teil der Arbeitseinstellungen sind als Abwehrmassnahmen gegen die Organisationsfeindlichkeit des belgischen Unternehmertums erfolgt. Der brutale Kampf, den ein profitungriges Unternehmertum gegen die Organisation unserer Kollegen führt, wird in Belgien so wenig zum Ziele führen wie in andern Ländern, wenn unsere Kollegen bei der Verteidigung ihres Rechts beharren. Die Vorkommnisse aber lehren, dass sich der Kapitalismus überall gleicht, sowohl in dem Ziel: Ausbeutung der Arbeiter, als auch in den Mitteln, die auf ihren Rechten bestehenden Arbeiter auszuhungern. In diesen Kämpfen ist das Recht auf seiten der ausgenutzten, unterdrückten Arbeiter; sie müssen zur Erlangung der Macht streben, um mit ihr ungehindert in den Genuss des Rechts gelangen zu können. Diese Macht liegt in der Vereinigung.

Dem Internationalen Sekretariat sind die Organisationen mehrerer Länder noch nicht angeschlossen. An indirekten und direkten Anregungen, den Anschluss zu vollziehen, hat es nicht gefehlt. Ausserdem ist es den Mitgliedern und Leitern unserer Bruderorganisationen durch die täglich zu machende Erfahrung zum Greifen nahe gelegt, dass bei der internationalen Verwebung des Kapitalismus die Verständigung der Arbeiter unumgängliche Notwendigkeit ist. So wünschen wir, dass unsere Kollegen in England, Finnland, Italien, Kroatien, Serbien und den Vereinigten Staaten sich bald in die Internationale eingliedern werden. Der Vertreter des Verbandes für Finnland hat gelegentlich des neunten Kongresses des Dansk Arbeidsmans-Forbundes, der im August 1913 in Kopenhagen tagte, den Anschluss seines Verbandes angekündigt.

Anlässlich der achten Konferenz der internationalen Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen tagte in Zürich am 20. September eine Konferenz der internationalen Berufssekretäre. Diese beschäftigte sich mit den Fragen einer einheitlichen Berichterstattung und der Einheitlichkeit der internationalen Gewerkschaftsstatistik. Ausserdem wurde geprüft, was die internationalen Landessekretäre tun können, um den Anschluss der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken. An dieser Konferenz hat der Berichterstatter nicht teilgenommen, weil er durch wichtige Geschäfte abgehalten war; zudem ist er in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär und Verbandsvorsitzender im abgelaufenen Jahre mit der Mehrzahl der Vertreter der angeschlossenen Organisationen persönlich zusammen gewesen. Neue Fragen internationalen Charakters tauchten nicht auf, und der Wunsch zur Teilnahme an dieser Konferenz wurde nicht zum Ausdruck gebracht. Zu der aufgestellten Tagesordnung konnte man sich nur zustimmend verhalten; sie hat zu einheitlichen Entschlüssen geführt. Das Fernbleiben hat somit keinerlei Nachteil im Gefolge.

Papier-Industrie

Arbeitslosenversicherung und Papierindustrielle.

Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihrem Aufbau am Leben und an der Gesundheit der Arbeiterklasse wirft mit ihrer Massenproduktion ungeheure Güter auf den Weltmarkt. Andererseits aber trachtet der Staat, durch fortschreitende Vermehrung der militärischen Lasten, durch Steigerung der Zölle und indirekten Steuern auf die Lebensmittel und Bedarfsartikel, danach, es dem Arbeiter immer schwerer zu machen, seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu decken. Die Folge eines solchen Systems ist nicht nur Unterernährung der Arbeiter, sondern auch Ueberfüllung des Weltmarktes, Arbeitseinschränkungen, Arbeitslosigkeit, Krise.

Nun sollte man glauben, daß unser liebes deutsches Vaterland, das nach Ansicht unserer Patrioten „in der Welt voran“ sein soll, es als selbstverständlich empfinden müßte, die Opfer unverschuldeter Arbeitslosigkeit nach Kräften zu unterstützen. Doch weit gefehlt! Wohl ist Deutschland und besonders Preußen, „in der Welt voran“, wenn es heißt, die organisierte Arbeiterklasse zu unterdrücken, organisierte, klassenbewußte ausländische Arbeiter auszuweisen und dafür massenhaft kulturell zurückgebliebene Ausländer zu importieren, um dadurch die Arbeitslosigkeit noch zu erhöhen. Wohl sind unsere Junker und Prozentpatrioten voran, wenn es gilt, nach Zuchthaus- und Knebelungsgesetzen für die Arbeiterschaft zu schreien. Wenn es aber gilt, die Opfer unsres wahnsinnigen Wirtschaftssystems zu unterstützen, dann ziehen sie feige die Hand zurück und schelten über das „arbeitscheue Gefindel“, das sein Einkommen in der guten Zeit „in Schnaps und Bier umsetzte“.

Daß bei diesem Kampfe gegen die Arbeitslosenversicherung auch die Papierindustriellen nicht fehlen dürfen, ist wohl selbstverständlich. Insbesondere ist es der Wortführer des Arbeitgeberverbandes der Papier- und Zellstoff-Fabrikanten, der große Generalsekretär Ditges, der das Banner der Reaktion schwingt. Doch hören wir die Geistesblitze, welche dieser Held gegen die Arbeitslosenversicherung in seinem geliebten „Wochenblatte“ verzapft:

„In der sozialdemokratischen, sozialpolitischen und linksliberalen Tagespresse finden wir gerade jetzt andauernd die Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit einen bedauerlichen Grad erreicht hätte und daß Maßnahmen hiergegen in außergewöhnlichem Umfange nötig wären. Das Eigentümliche hierbei ist aber die Tatsache, daß einzelne Industrien, besonders der Bergbau und auch die Landwirtschaft, andauernd über Arbeitermangel klagen, und daß sich beispielsweise die Bechen in Rheinland und Westfalen gezwungen sehen, ununterbrochen ausländische Arbeiter für ihren Betrieb heranzuziehen. Auch die sogenannten Arbeitslosenstatistiken, die von Kommunen und Gewerkschaften veranstaltet worden sind, bieten einen Anhalt dafür, daß unser wirtschaftliches Leben augenblicklich unter einer besonders starken Arbeitslosigkeit leidet, nicht.“

Es ist sehr begreiflich, daß den Industriellen die Feststellungen und Veröffentlichungen der Arbeitslosigkeit durch Gewerkschaften und Arbeiterpresse sehr auf die Nerven fallen. Die mit der deutschen sozialen Gesetzgebung und ihren privaten Wohltätigkeitseinrichtungen prunkenden Herren fürchten die Folgen und scheuen den auf sie entfallenden Teil der Kosten für eine Arbeitslosenversicherung; sie leugnen infolgedessen mit frecher Stirn jede bestehende Arbeitslosigkeit ab. Es gehört schon ein gutes Stück — nun sagen wir einmal Unkenntnis in wirtschaftlichen Fragen — dazu, um zu behaupten, der Bergbau leide an Arbeitermangel, und deshalb müßten unsere gutpatriotischen Bergwerksprogen ausländische Arbeiter heranzulassen. Nach den von den Industrien an das Reichsarbeitsamt gelieferten Berichten für den Monat November meldet der Bericht aus dem Ruhrgebiet, daß der Bedarf an gelernten Kräften im ganzen gedeckt werden konnte, ja, es mußten sogar mehrere Werke infolge schlechten Absatzes Feierschichten einlegen. Die Berg- und Papiergewaltigen hätten es nicht nötig, ausländische Arbeiter heranzuziehen, wenn sie nur anständige Löhne bezahlen wollten. Statt dessen sucht man die Löhne immertwährend zu drücken, schmeißt die Arbeiter, die sich mit Hilfe ihrer Organisation dagegen wehren, auf das Straßpflaster und jammert dann über Mangel an tüchtigen deutschen Arbeitern. Dasselbe trifft auch auf die Landwirtschaft zu, nur daß da der Arbeiter als Antwort auf seine Forderung noch den Bauch voll Mehl zu erwarten hat.

Herr Ditges gibt weiterhin ganz offen zu, daß die Angst der Unternehmer vor dieser Versicherung der Befürchtung entspringt, die Arbeiter könnten dadurch etwas selbständiger werden und sich nicht mehr so leicht als Lohnrücker hergeben. Er schreibt hierüber mörklich:

„Die Industrie aber und alle Arbeitgeber überhaupt haben das lebhafteste Interesse daran, daß eine Arbeitslosenversicherung nicht geschaffen wird. Hierbei sind für diese Erwerbsstände die Kosten der so sehr befürworteten Arbeitslosenversicherung noch weniger auslagengebend als die Besorgnis vor den üblen Wirkungen, die eine solche Versicherung auf das Verhältnis der Arbeitgeber und der Arbeiter, die auf die Charakterentwicklung unserer lohnarbeitenden Bevölkerung, auf die Arbeiterverjüngung unserer Landwirtschaft und auf fast alle wirtschaftlichen Verhältnisse in unserm Vaterlande überhaupt haben müßte.“

Um die Charakterentwicklung der Arbeiter sollte Herr Ditges sich am allerwenigsten sorgen. Wir würden es z. B. für gut und begründenswert halten, wenn diese Entwicklung sich in einer Weise vollzöge, die sie möglichst weit von Herrn Ditges und seinem Ideal wegführt. Worin die befürchteten „üblen Wirkungen“ „auf das Verhältnis der Arbeitgeber und der Arbeiter“ — für das zweideutige Deutsch ist Herr Ditges verantwortlich — bestehen sollen, haben wir schon angedeutet. Die unterstützten Arbeiter würden sich weniger leicht dazu hergeben, ihren Kollegen auf den Lohn zu drücken. Auch die Streitrecheranwerbung und das System der schwarzen Listen würde vielleicht weniger erfolgreich sein. Das sind immerhin Gründe genug, um einen Unternehmersekretär in Harnisch zu bringen. Immerhin braucht er nicht so großen Unfuss zu schreiben wie Herr Ditges in den folgenden Sätzen:

„Es wären hiernach Fälle von Streiks, in denen der Arbeitgeber bereit ist, die ausständigen Arbeiter wieder aufzunehmen, aus der Arbeitslosenversicherung gänzlich auszuscheiden. Daß die sozialdemokratische Partei hierüber anderer Meinung ist (? Redaktion des „Proletariats“) bedarf keiner besonderen Erwähnung. Aber schon in Fällen der Aussperrung wird die Entscheidung erheblich schwieriger. Wer soll hier Richter darüber sein, ob eine Aussperrung berechtigt oder vielleicht sogar von den Arbeitern erzwungen ist oder nicht? Soll in Fällen, in denen der Arbeitslose wegen gänzlicher Unfähigkeit, Widerfähigkeit oder Trunkenheit aus der Arbeit entlassen worden ist, eine Entschädigung

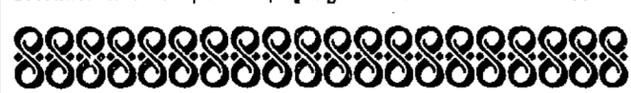
von der Versicherung geleistet werden? Wenn man diese Fragen bejahen wollte, so würde man die Arbeitslosenversicherung sofort zu einer Unterstützungsstelle für Kauzbeine, Trunkenbolde und Arbeitsunfähige machen.“

Um das Spießbürgertum vor diesem Versicherungszweig graulich zu machen, greift der Herr zu der allerdings schon abgenutzten und schäbigen Behauptung, die Sozialdemokratie (lies: freie Gewerkschaften) würde ihre Streiks auf Kosten der Arbeitslosenversicherung führen. Zur Beruhigung dieses Herrn und seiner Öbner wollen wir nur mitteilen, daß die freien Gewerkschaften, wenn ihnen ein Streik durch einen besonders starcköpfigen Unternehmer aufgezwungen wurde, denselben stets aus eigenen Mitteln geführt haben und dieses auch in Zukunft tun werden.

Als bloßes Geschwätz schon oft widerlegt ist auch die Behauptung, daß die „Sozialdemokratie“ an einem zweiseitigen Arbeiterwechsel im Jahre innerhalb eines Betriebes ein Interesse habe. Das Gegenteil von Weitsichtigkeit verrät die Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit unter dem heutigen Wirtschaftssystem zu beseitigen sei, und zwar durch den Ausbau der Arbeitsnachweise. Gewiß kann durch gut geleitete paritätische Arbeitsnachweise die Stellenvermittlung beschleunigt werden, aber durch dieselben einen Ausgleich zwischen Produktion und Konsum schaffen zu wollen, ist natürlich Unsinn.

Wenn man auch die Ausführungen des Herrn Ditges nicht besonders ernst zu nehmen braucht, so muß man doch, nachdem er sie schon des öfteren wiederholt hat, annehmen, daß der Verband der Papier- und Zellstoff-Fabrikanten diese Ausführungen billigt. Trotz alledem wird der Staat nicht umhin können, das Problem der Arbeitslosigkeit etwas ernster aufzufassen, als dies bis jetzt geschehen ist.

Unsere Kollegen in der Papierindustrie möchten wir empfehlen, durch Ausbreitung der Organisation dafür Sorge zu tragen, daß die Papierarbeiter wenigstens in den Genuss der Verbands-Arbeitslosenunterstützung kommen.



Mögt ihr . . .

Mögt ihr jezt im kalten Winter,
Dessen Stürme nie uns trafen,
Ohne Heimat sein und hinter
Feuchten Kellermauern schlafen;
Mögt ihr, während eisige Fröste
Blau euch alle Glieder färben
— Stört es doch nicht unsre Feste —
Auch im Straßengraben sterben;
Mögt ihr nachts auch im Kanal sein,
Frierend euch darin vergraben —
Uns kann dieses ganz egal sein,
Weil wir warme Betten haben!

Mögt ihr, betelnd an den Türen,
Mit des Hungers bleichen Wangen
Manche milde Herzen rühren;
Mögt ihr, wenn ihr müd gegangen
Eure schlechtbeschuhten Füße,
Irgendwo euch niederlassen
Hintern Bretterzaun der Wiese;
Mögt ihr jammern, fluchen, hasßen!
Mögt ihr — zwar es wird fatal sein —
Hungern, lungern, frieren, frieren, —
Uns kann dieses ganz egal sein,
Denn uns kann das nicht passieren.

Mögt ihr still die Augen schließen,
Müde von des Tages Nöten,
Heiße Tränen auch vergießen
Oder gar zum Himmel — beten;
Auf des Traumes goldner Straße
An die bessere Zukunft glauben —
Während schleichend giftige Gase
Schließlich euch den Atem rauben;
Möge euer Grab so kahl sein
Wie der Winter, der euch fällt —
Uns kann dieses ganz egal sein —
Was ist hunger? Was ist Kälte?

Hugo Dalmes.



Was sich gelbe Papierarbeiter bieten lassen müssen.

In den „Altonaer Pergament- und Papierstoff-Werken, G. m. b. H.“ herrscht mit unbeschränkter Gewalt ein Herr Wiedemann als Betriebsleiter. Dieser Herr, der schon in den rüchlichsten schleißig-dönerreichlichen Papierbetrieben sein Rezept rüchschloslos geschwungen haben soll, verlegte sein Domizil nach Hamburg und lausie daselbst die Papierfabrik von C. Bunt in Ottenjen an. Seine Lebensaufgabe erblickte der Herr in der Reduzierung der Arbeiterlöhne, so daß unsere Kollegen Lohnneinbußen von 15 bis 20 Mark monatlich zu verzeichnen hatten. Allerdings haben sich unsere Kollegen die Abzüge nicht so ohne weiteres gefallen lassen, und als der Herr merkte, daß die rote Erde doch etwas zu feinig sei, trat er am 1. Dezember die Fabrik an den alten Meister wieder ab und verlegte das Gebiet seiner Tätigkeit nach Altona. Natürlich ist es den Bemühungen unserer Hamburger Verbandsleitung gelungen, die Abzüge wieder rückgängig zu machen.

Die wäterländischen, lönnigs- und unternehmer-treuen Arbeiter der „Altonaer Papierstoff-Werke“ boten Herrn Wiedemann die beste Gelegenheit, ihre Friedensliebe auf die Probe zu stellen. Er schaffte deshalb die Bezahlung der Ueberstunden ab und ver sprach den Arbeitern dafür erhöhte Monatsprämien. Als lammfromme Arbeiter gaben sie sich mit diesem Versprechen zufrieden. Als aber auch keine Prämien ausbezahlt wurden, verließ selbst zwei Gelbe die Geduld. Sie ließen zum Gewerbegericht und verlagten die Firma auf Nachbezahlung der Ueberstunden. Der Vertreter der Firma verlangte Verwerfung der Klage mit der Begründung, die Kläger hätten auf Bezahlung der Ueberstunden verzichtet und sich mit einer Fabrikationsprämie einverstanden erklärt. Nun sei aber das Geschäftsergebnis im letzten Monat ein derartig niedriges gewesen, daß keine Prämie verteilt werden konnte. Dem Gerichte war diese prüfliche Rechtsauslegung zu bunt, und es verurteilte deshalb die Firma zur Zahlung von 18 Mark pro Kläger.

Die Arbeiter der „Altonaer Pergament- und Papierstoff-Werke“ sollten in diesem Falle doch wohl erkennen, daß die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer beim Gelbebeutel aufhört, sie sollten aber auch erkennen, daß die gelben Wertvereine nicht gegründet werden, um der Arbeiterschaft eine Interessenvertretung zu bieten, sondern um sie einer schrankenlosen Ausbeutungsvöllerei preiszugeben. Als wahre und tatkräftige Interessenvertretung kann für die Papierarbeiter nur der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Frage kommen.

+ Chemnitz. Die Löhne der Papierarbeiter sind auch im Chemnitzer Industriebezirk die denkbar traurigsten, was auch verschiedene Unternehmer selbst einsehen. Um aber ja keinen Pfennig mehr Lohn bezahlen zu müssen und die Arbeiter dennoch von den Gewerkschaften fernzuhalten, benutzen die Herren als Lockmittel sogenannte „Wohlfahrts-Einrichtungen“. Daß die Papierfabrikanten dabei nicht von Rücksichten auf die Arbeiter geleitet werden, versteht sich am Bande, gehören sie doch mit zu den Schreibern nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft und nicht weniger zu den erbittertesten Gegnern sozialpolitischer Fortschritt. Die Wohlfahrts-Einrichtungen sind in der Papierindustrie eine Be-rühmtheit geworden, seitdem einige schmerzreiche Unternehmer statt des unbedingt notwendigen Lohnes den Arbeitern Brot verabreichen. Daß der „heilige Christ“ auch mit Bescherungen aufwartet, die den Unternehmern nicht viel kosten und ihnen dabei nur Vorteil bringen, ist jedenfalls eine bekannte Tatsache. Wenn die Arbeiterschaft das ganze Jahr brav und „national“ ist, für 20 bis 25 Pf. Stundenlohn nicht selten 100 Stunden pro Woche arbeitet, verlohnt es sich schon, der Arbeiterschaft eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Natürlich ist der Kostenpunkt dabei ein ganz minimaler. So schenkte der Strohhof-Papierfabrikant Scherer in Görschheim bei Cossen an 70 Arbeiter folgende Schwären:

5 Pfund Reis a 26 Pf.	1,25 Mk.
5 Pfund Linsen II a 28 Pf.	1,35 Mk.
2 Pfund Haferlalo a 88 Pf.	1,76 Mk.
2 Pfund Kaffee a 1,65 Mk.	3,30 Mk.
Summa 7,66 Mk.	

Die Kosten hierfür betragen 70 x 7,66 = 536,20 Mk. Rechnet man im Durchschnitt der 70 glücklichen Empfänger 80 Stunden Arbeitszeit pro Woche, was eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, so gibt dies jährlich 4160 Stunden Arbeitszeit. Nur ein Pfennig Lohnzulage würde 4160 x 70 = 2912 Mk. jährliche Lohnerrhöhung betragen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wem die Wohlfahrts-Einrichtungen nützen und was es mit den sozialen Umwandlungen der Unternehmer auf sich hat. Wäre die Arbeiterschaft, die sich nur einmal im Jahre auf Kosten des Unternehmers nicht etwa mit Gänsebraten, sondern mit Reis- und Binsengerichten satt essen kann, geschlossen organisiert, dann wäre die Bescherung besser ausgefallen. Die Arbeiterschaft kann aus dieser einfachen Rechnung ersehen, wie es gemacht wird, um sie in der Interesslosigkeit zu erhalten. Sie braucht nur ein klein wenig nachzudenken, um zu begreifen, daß, solange die Arbeiter den Wert der Organisation nicht erlangt haben, sie sich mit den Abfallbroden der Satten begnügen müssen.

+ Greiz. Zum 10. Male veranstaltete die Firma Günther in Greiz für ihre Arbeiterkinder eine Weihnachtsbescherung. Ueber 200 Kinder sollen an derselben teilgenommen haben. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die Firma den Arbeiterkindern dadurch eine besondere Freude bereitet hat, zumal die Löhne, welche die Firma Günther ihren Arbeitern zahlt, noch nicht einmal zum Lebensunterhalt, geschweige zur Vereitelung einer Erntefreude für die Angehörigen reichen. Eine noch größere Freude könnte Herr Günther den Arbeitern und deren Familien bereiten, wenn er die jetzt bestehenden Durchschnittslohnbedingnisse erhöhen würde. Seine Arbeiter könnten dann ihren Angehörigen auch außerhalb der Weihnachtszeit durch bessere Lebensweise eine Freude bereiten. Außerdem hätte sich Herr Günther das Einstudieren der Feste eben erspart. Allerdings würde er dann wegen seiner Wohlthätigkeit von dem bürgerlichen Zeitungschmuck einmal im Jahre weniger verjimmelt.

+ Kedenfelden. Bei der am 30. Dezember v. J. abgehaltenen Ausschußwahl zur Betriebskrankenkasse entfielen auf die Liste 3 (freie Gewerkschaften) 230, auf die Liste 2 (christliche Gewerkschaften und katholischer Arbeiterverein) 129 und auf die Liste 1 (von der Direktion aufgestellt) 24 Stimmen. Es erhielten die freien Gewerkschaften 15, das christlich-katholische Kompromiß 8 und die Liste der Firma 1 Ausschußvertreter. Trotz der Hilfe zweier Vorarbeiter, welche neu eingetretenen Arbeitern Wahlzettel zuleiteten und dieselben sofort zur Wahlurne schickten, gelang es der Firma, doch nur 24 Stimmen auf ihre Liste zu vereinen. — Eine recht eigenartige Agitation zur Krankenkassenwahl haben auch die verbündeten christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeiterverein entfaltet. Sie beriefen 14 Tage vor der Wahl eine öffentliche Krankenkassenmitgliederversammlung in die Sonthemische Gastwirtschaft nach Kirchdorf ein. Einige Kollegen und Kolleginnen wollten die Versammlung besuchen, wurden aber von den anwesenden Christlichen aus derselben verwiesen. Auf die Antwort, daß die Versammlung doch für Kassenmitglieder einberufen sei, schwafelte der Herr von Mißverständnissen und Druckfehlern. Gleichzeitig ließ er in seiner christlichen Duldsamkeit den Wert rufen, um die Eindringlinge an die frische Luft setzen zu lassen. Allerdings ließen es unsere Kollegen nicht soweit kommen. — Wir möchten unsere Kollegen empfehlen, die Herrschaften künftig unter sich zu lassen. Den Vorständen der Betriebskrankenkasse möchten wir darauf verweisen, daß an den von uns einberufenen Versammlungen jedes Kassenmitglied gleichgültig ob minderjährig oder Ausländer, zur Teilnahme berechtigt ist.

+ Unfall.

Ein schweres Unglück ereignete sich kürzlich im Hofe der Papierfabrik Salaach. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, auf dem Industriegleis der Fabrik einen Güterbahnwagen vorwärts zu schieben. Im gleichen Augenblick kam von oben her auf demselben Gleis eine Lokomotive in ziemlich rascher Fahrt herangefahren. Die Maschine ließ so heftig mit dem Wagen zusammen, daß dieser aus den Schienen gehoben und gegen die nahe Fabrikwand geworfen wurde. Dabei geriet der 55 Jahre alte verheiratete Arbeiter Köder von Großfuß zwischen Wagen und Mauer und wurde erdrückt. Der Tod war auf der Stelle eingetreten. Ein weiterer Arbeiter wurde ebenfalls die Wand geworfen und mußte bewußtlos vom Plage getragen werden, doch erholte er sich bald wieder. Ein dritter Arbeiter wurde zwischen die Füße des Getriebenen geworfen; er kam mit dem Schrecken davon. Die anderen Arbeiter konnten sich in Sicherheit bringen. Die Ursache des Unglücks wird auf vorzeitige Umstellen der Weiche zurückgeführt.

Verschiedene Industrien

Belohnung für treue Dienste.

Der Arbeiter J. D. zu Eppstein bei Höchst war 44 Jahre mit einer zehnjährigen Unterbrechung in der Staniolfabrik zu Eppstein beschäftigt. Seine Tätigkeit muß zufriedenstellend gewesen sein, denn als er im Jahre 1911, bei Unterbrechung, wieder 27 Jahre dort in Arbeit fand, erhielt er von der Firma folgenden, von „Wohlfühlen“ und „Anerkennung“ triefenden Brief:

Eppstein, den 6. Mai 1911.

Herrn

In Anerkennung Ihrer mehr als 25jährigen, ununterbrochenen Tätigkeit in unserm Betriebe und im Hinblick auf die während dieser Zeit dem Geschäft geleisteten treuen Dienste überreichen wir Ihnen hiermit ein Geldgeschenk im Betrage von

Summe Mark

Wir knüpfen die frohe Hoffnung daran, daß es uns vergönnt sein möge, im beiderseitigen, guten Einvernehmen noch recht lange an der Fortentwicklung unsres Etablissements nach besten Kräften mitzuwirken.

Mit wohlwollendem Grusse!

Staniol- und Metallpapier-Fabrik, vorm. Konrad Sachs, G. m. b. H.
Höchst und A. Flad.

Leider ging der am Ende des Briefes angeführte Wunsch nicht in Erfüllung. Ende des vorigen Jahres wurde D. invalide; er bezieht nun pro Tag 66 2/3 Pf. Invalidenrente. Da es selbst einem alten Mann unmöglich ist, mit dieser „hilflichen“ Rente den Lebensunterhalt zu bestreiten, wandte er sich mit der Bitte um einen kleinen Zuschuß zur Rente an seinen bisherigen Arbeitgeber, und er sich des wohlwollenden Schreibens vom Jahre 1911 und auch des mit dem nötigen Tamtam von einem Firmenvater gestifteten „Arbeiterunterstützungsfonds“ erinnerte. Schon nach acht Tagen erhielt er im Staniolwerk alt und grau geworden, nun arbeitsunfähige Mann folgenden Brief:

Wir nehmen Bezug auf Ihr am 22. Dez. 1913 bei uns eingegangenes Gesuch bezüglich Zuschuß zu Ihrer Invalidenrente und bedauern, daßselbe leider ablehnen zu müssen, da die Mittel des hierfür zur Verfügung stehenden Arbeiterunterstützungsfonds einerseits zu

gering sind und andererseits auch für schwerwiegendere Fälle referiert werden müssen. Der von Ihnen angeführte Fall, in dem bereits schon einmal ein Zuschuß gewährt wurde, ist nicht von dem Arbeiterunterstützungsfonds bewilligt worden, sondern wurde aus ganz besonderen schwerwiegenden Gründen von der Gesellschafts-Kasse freiwillig übernommen. Wir bebauern eine Übernahme auf die Gesellschafts-Kasse in Ihrem Fall bei unzureichender Vermögenslage nicht befürworten zu können, da wir diese Ausgabe nicht hinreichend begründen können.

Hochachtungsvoll!

Staniol- und Metallpapierfabrik vorm. Konrad Sachs, G. m. b. H.
Fröhlich u. Dr. Brecht.

Das ist der Dank. Schafft der Arbeiter für niedrigen Lohn, schließt er sich keiner Organisation, die seine Interessen wirksam vertritt, an, und ist er jung und rüstig, dann wird er als der ausgesprochene Liebling seines Lohnherrn betrachtet. Nach 25jähriger ununterbrochener Tätigkeit erhält dieser brave Arbeiter dann noch für jeden Arbeitstag 1 1/2 Pf. nachgezahlt, und obenrein erscheint der Herr Landrat, der dem Jubilär vor versammelter Arbeiterchaft eine hochtönende Rede hält. Der Gesetzer gilt als Muster eines Arbeiters, und in der Rede wird betont, daß der Staat und auch die Firma sich stets des Arbeiters „wohlwollend“ erinnern werden. Allerdings nur in der Theorie! Will nämlich der betreffende Arbeiter einmal dieses aller Welt verkündete „Wohlwollen“ in Anspruch nehmen, dann haben die „Festredner“ für den alten Jubilär nichts als Worte, nur leere Worte übrig. Der angezogene Brief beweist das.

Kann es auch anders sein? Das beunruhigende Kapital hat kein Interesse daran, alte, ausgemergelte Arbeiter, auch wenn sie ein Menschenleben hindurch Leben und Gesundheit aufs Spiel setzten — im vorliegenden Falle schüßte der Mann im ganzen 44 Jahre brav und zufrieden für den Fabrikherrn —, finanziell zu unterstützen, denn das kostet Geld! Und am Geldbeutel scheitert das Wohlwollen des Unternehmers. Ist der Arbeiter im Betriebe alt, grau und invalid geworden, so wirft man ihn weg wie eine ausgepreßte Zitrone: er mag — hungern! Hier zeigt sich die Moral der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer brutal-nackten Gestalt. Aber nur so weiter! Derartige Fälle müssen dem der Organisation noch fernstehenden und Gleichgültigen die Erkenntnis einhämmern, daß das in guten Tagen versprochene „Wohlwollen“ des Unternehmers im Alter nicht heißt vor Hunger, Not und Entbehrung. Nur der organisierte Widerstand der Massen des Proletariats gegen Willkür und Ausbeutung kann hier helfen.

Die Zuckerfabrikanten sind einig.

Wie die Unternehmerpresse mitteilt, wurde in einer stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung der Abteilung der Raffinerien des Vereins der Deutschen Zucker-Industrie am 20. Dezember des Vorjahres der vom Vorstande vorgelegte Entwurf eines Vertrages zwischen dem Verbande deutscher Zuckerfabrikanten, G. m. b. H., und den Raffinerien, Weißzuckerfabriken und Melassezuckerungsanstalten a. u. m. n. Es heißt in dem Bericht: „Eine verbindliche Preisfestsetzung soll nicht stattfinden. Es sind aber Maßnahmen getroffen, die eine Regelung des Verkaufs und damit eine Gewährung des Geschäftes herbeizuführen geeignet sind. Dazu gehört vor allem die beschlossene Kontingentierung auf Grundlage der Zunderlieferungsverträge in zwölf aufeinanderfolgenden Monaten aus der Zeit der letzten fünf Jahre.“

Die in der zahlreich besuchten Generalversammlung vertretenen Firmen haben in namentlicher Abstimmung nahezu einstimmig ihren Beitritt erklärt. Die Vollziehung des Vertrags und die sonst noch zu erledigenden Formalitäten sollen so beschleunigt werden, daß der Vertrag im Januar in Kraft gesetzt werden kann.

Zwischen den Zeilen dieser Erklärung ist deutlich zu lesen, daß, wenn auch keine „verbindliche“, d. h. durch Konventionalstrafen erzwingbare Preisfestsetzung festgelegt ist, doch tatsächlich eine solche erfolgen soll. Sehr interessant ist der Versuch, die Erzeugung zu kontingentieren, d. h. für jeden Betrieb eine bestimmte Erzeugungsmenge festzulegen. Dadurch soll die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet oder doch vermindert und die Erhöhung der Preise erleichtert werden. Da die Unternehmer „nahezu einstimmig“ dem Vertrage beigetreten sind, darf man annehmen, daß den Zuckerindustriellen ihr Plan gelingt.

Jammern ist es, daß die Arbeiter der Zuckerindustrie nicht mit ähnlichem Eifer ihre Interessen wahren und sich eine ebenso geschlossene Organisation schaffen wie ihre Unternehmer.

Ein besiegter Sieger.

Im Mai des Vorjahres brach in der Margarine- und Speiseölfabrik von Seermann u. Co in Hamburg ein Streik aus. Die Arbeiter forderten eine beträchtliche Erhöhung ihrer Löhne, die ihnen strikte verweigert wurde. Der Kampf dauerte lange. Der Inhaber der Firma war zugleich Leiter des Arbeitgeberverbandes und schien seine Signatur für diesen Posten durch besonders rücksichtslose Ablehnung der Arbeiterforderungen beweisen zu wollen. Da die Erzeugnisse der Firma zum größten Teil in Arbeiterfamilien verbraucht werden, gab die Streikleitung dem Kampf durch einen Boykott Nachdruck. Die Firma antwortete mit pulenlangen Artikeln in der Unternehmerpresse über Terror der Arbeiter und — mit einer Klage gegen unseren Kollegen Vog-Gumburg. Der Kampf wurde schließlich nach einer Dauer von 4 Monaten erfolglos abgeschlossen. Jammern erschallen die Streikbrecher eine Lohnzulage von 2 bis 4 Pf. pro Stunde, also ungefähr soviel wie die Streikenden gefordert hatten.

Nach dem Kampfe pries die Unternehmerpresse Herrn Seermann als Sieger in dem Kampfe mit dem großen Fabrikarbeiterverbande. Heute wird sie kaum noch Siegeslieder anstimmen. Denn die Firma Seermann u. Co. ist bankrott. Der Kampf mit der organisierten Arbeiterchaft ist ihr also schlicht, sehr schlicht bekommen. Und mit den Lobreden der „Arbeitgeberzeitung“ kann sie jetzt weder ihre Schulden bezahlen, noch ihren Betrieb aufrechterhalten. Ein wenig Entgegenkommen im Mai des Vorjahres hätte der Firma die Krise gerettet. Das ist ein bitterer Lohn für die Inhaber der Firma Seermann, ein Lohn, den sich andre Unternehmer zu Herzen nehmen sollten.

Breslau. In der Seifenfabrik von Leimann, Dsener Straße, verunglückte am 8. Januar ein Arbeiter dadurch, daß er, als er aus dem Hofe trat, in die offenstehende Düngergube fiel. Die Düngergube befindet sich direkt vor dem Hofe. Der Verunglückte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Nach Ansicht der Arbeiter ist es sehr gut möglich, daß die Klitoris verlegt und damit solche Unfälle vermieden werden. Auch sonst ist in diesem Betriebe manches Verbesserungsbedürfnis. So haben die Arbeiter keinerlei Ansprüche zum Aufbahnen ihrer Kleidung und des Frischtrades. Ein Antiseptikum fehlt ganz. Die Aufreinhaltung ist ebenfalls mangelhaft. Der Speiseraum wird selten gereinigt. Für die Arbeiterinnen ist überhaupt kein besonderer Raum zum Waschen der Wäsche oder zum Umziehen vorhanden. Die Arbeiter müssen ihre Kleider in der Fabrik einreichen. Ferner fehlt für die Arbeiter ein Speiseraum. Die im Seermann beschäftigten Arbeiter bekommen keine Handlanger gelistet, trotzdem es gerade hier sehr notwendig wäre. Auch ist im Seermann zu wenig Ventilation vorhanden. Es empfiehlt sich durch das Kochen mütterlich so viel jäghliche Dämpfe, daß die Luft in dem Saal von den Augen kaum sehen können. Die oberen Geschosse im Seermann sind so wackelig, daß es gefährlich ist, wenn man sich darauf setzen will. Die Kesselröhren rumpfen sind überhaupt nicht mit Gekochtem waschen, trotzdem dies in dem Unfallverhütungsbuch festgelegt ist. Dagegen werden von der Firma keine strengen Vorschriften gegenüber den Arbeitern verlangt. So dürfen keine nicht mit in die Fabrik gebracht werden. Als eine Arbeiterin nun einmal ihren Kopf in den Seermann gesteckt hatte, fand sie am Abend eine Katze im Hofe. Sie wollte es natürlich mit dieser kleinen Missetäterin genug sein lassen und hoffen, daß eine Verurteilung nicht zu erfolgen braucht, trotzdem daß die Arbeiterbestimmungen ausdrücklich verbieten, daß Arbeiter von Tieren des Fabrikbestandes berührt werden.

Saarbrücken. Die Firma Ernst Koch, Saargemünd, kann keine Arbeiter beschäftigen, die krank werden. Anfang Dezember wurden drei Arbeiter wegen Krankheit entlassen, d. h. es wurden ihnen einen Tag nach der Entlassung die Arbeiter in die Wohnung geschickt. Das ist unannehmlich. Einmal Arbeiterkrankheiten vermeiden die Firma, die in diesen Bezirken beliebt werden. Es gibt pro Stunde 2 Pf. für arbeitsfähige Arbeiter. Nach der von Galster ermittelten Lohnuntergrenze müßte ein Arbeiter mit zwei Kindern im Ehepaar mindestens 27, 28 Pf. und für Raucher 30 Pf. erhalten. Bei der Firma Ernst Koch hat er aber für den ganzen Monat nur 15 Pf. 10 Pf. Er muß also den Hungererzettel entgegen nehmen, wenn er nicht die Arbeiterbestimmungen befolgt. Es ist notwendig, daß Arbeiter von den Arbeitern des saarbrückischen Industriegebietes

arbeiten bei einer dreistündigen Ruhepause in der Nacht. Daß durch die miserable Entlohnung und die überlange Arbeitszeit die Gesundheit und das bißchen Lebenskraft der Arbeiter ruiniert wird, scheint die millionenreiche Firma nicht zu bedenken. Wie lange wird sich die Saargemündener Arbeiterchaft noch die Schlafmütze über die Ohren ziehen lassen? Herunter damit und hinein in die gewerkschaftliche Organisation, nur dann können die Zustände beseitigt werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Aussperrungen bestehen in Eisenberg, S.-M. (Porzellanfabrik); Leipzig (Postkarten-Gelatinieranstalt H. Gaußmann); Memel (Chemische Fabrik „Union“); Schwaaen i. M. (Partoffelödenfabrik); Schorndorf i. Würt. (Knopfabrik F. Fühner).

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

Memel. In der chemischen Fabrik „Union“, Memel, sind am 31. Dezember sämtliche circa 200 Arbeiter von der Firma ausgesperrt. Zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und der Firma bestand ein Tarifvertrag, der am 31. Dezember abließ. Bei der Verhandlung wollte die Firma nur ganz winzige Zugeständnisse machen. Den neuen, von der Firma vorgelegten Tarif lehnten die Arbeiter ab; sie wollten lieber ohne Vertrag arbeiten. Ohne Vertrag will annehmend die Firma nicht arbeiten lassen und hat darum sämtliche Arbeiter entlassen. In alle Arbeiter sei hiermit die Bitte gerichtet, Zugung von Arbeitern nach Memel fernzuhalten; dann wird die Firma gezwungen sein, ihren brutalen Standpunkt baldigst aufzugeben. Die Werbeagenten der Firma dürfen vor allem mit den bisher erzielten Alfordbühren bei der Suche nach andern Arbeitern auf dem Plan erscheinen. Diese Löhne sehen nach außen sehr günstig aus, es bleibt aber zu beachten, daß dieselben nur während der Saison und für Arbeiten in Frage kommen, welche nur die gesundesten und kräftigsten Arbeiter verrichten können. Im allgemeinen ist der wahre Standpunkt der Firma schon daraus zu ersehen, daß sie nicht einmal eine Zulage von 30 Pf. pro Tag, verteilt auf die Dauer von drei Jahren, bewilligen wollte.

Korrespondenzen.

Eßlingen. Im verflochtenen Jahre hat sich unsere Zahlstelle leider nicht in der von uns gewünschten und erhofften Weise entwickelt. Infolge der wirtschaftlichen Krise und der daraus resultierenden starken Arbeitslosigkeit wurde unsere Kasse fast in Anspruch genommen, und unsere Mitgliederzahl ging statt vorwärts zurück. Es ist jedoch zu hoffen, daß wir den Verlust bald wieder ausgleichen werden. Für das kommende Frühjahr werden wir versuchen, mit allen Mitteln, namentlich durch Hausagitation, nicht nur die Lücken wieder auszufüllen, sondern noch darüber hinaus unseren Mitgliederstand zu heben. Unsere Jahresversammlung, die am 4. Januar stattfand, beschäftigte sich sehr eingehend mit diesen Fragen. Die seit herige Ortsverwaltung, die dort wiedergewählt wurde, wird alles daransetzen, um die Zahlstelle wieder vorwärts zu bringen. Hoffentlich findet sie dabei Hilfe!

Mandach. Unsere Zahlstelle hat sich im Jahre 1913 trotz des wirtschaftlichen Niederganges gut gehalten. Wir haben unseren Mitgliederstand nicht nur halten, sondern noch etwas steigern können. Am Jahresbeginn hatten wir 69 männliche und 2 weibliche, am Jahresende dagegen 72 männliche und 5 weibliche Mitglieder. Auch unsere Kassenverhältnisse sind geordnet. Bei Entnahme von 441 Mark für die Hauptkasse gaben wir 164 Mark Unterstützung an kranke und arbeitslose Mitglieder aus. In der Lokalkasse hatten wir am Jahresabschluss einen Bestand von reichlich 200 Mark. Wir hoffen, auch im laufenden Jahr gut vorwärts zu kommen. Die neu gewählte Ortsverwaltung hat versprochen, im neuen Jahre mit neuem Eifer tätig zu sein. Erfolg kann sie natürlich nur haben, wenn recht viele Mitglieder mit helfen, für den Verband zu werben und zu wirken.

Eingegangene Schriften.

Unsere Genußmittel. Von Dr. Alexander Lipschütz. Unter diesem Titel gelangte neben Heft 38 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek zur Ausgabe. Der Verfasser legt einleitend den Unterschied zwischen Nahrungsmitteln und Genußmitteln auseinander und bespricht in 6 Abschnitten die wichtigsten Genußmittel: Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Alkohol, Tabak und Gewürze, zum Schluß solche Genußmittel, welche zugleich Nahrungsmittel sind. Der Preis der Schrift ist, wie bei allen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, 20 Pf. — Eine Ausgabe in besserer Ausstattung kostet 50 Pf. Vorrätig halten diese Hefte alle Partei-Buchhandlungen, Expeditoren und Kolportiere oder direkt der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin.

Gemeinde und Alkohol. Von Ernst Meßlich. Aufgaben der Gemeindepolitik im Kampfe gegen den Alkoholismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H. Preis 1 M. Vereinsausgabe 50 Pf.

Verbandsnachrichten.

Achtung, Geschäftsberichte!

Die Zahlstellen, die gedruckt oder sonst vielfältig Geschäftsberichte herausgeben, werden dringend ersucht, dem Vorstande mindestens drei Exemplare des Berichts zu übersenden. Auch ersuchen die Gauleiter alle in Betracht kommenden Zahlstellen um Zusendung eines Berichts.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Die Anzahl aller Unterstellungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterzeichnung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nie vergessen oder mit der alten verwechselt werden. Die Aussteller der Bücher werden ersucht, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuangestelltes Buches aufzuschreiben. Dadurch wird der Zahlstelle das Ordnen und Nachsuchen der Hauptstelle das Kontrollieren und Eintragen in die Kartei sehr wesentlich erleichtert, bei Verlust einer Mitgliederliste ein Nachweis erst ermöglicht. Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazugehörigen Listen immer so schnell als möglich einzutenden.

Vom 6. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: Berlin 694,51. Bismarck 541,56. Hainhof 531,66. Döblich 433,39. Weisung 267,59. Lortzen 253,66. Traubitz 242,29. Penitz 240,95. Greifenhagen 225,03. Barby 221,74. Wolbeck 213,70. Mandach 199,64. Heideberg 192,90. Weiswasser 192,40. Thum i. G. 187,08. Seiffersdorf 180,61. Barin 176,73. Bornhöved 170,45. Weiskirchen 165,79. Waldheim 146,08. Neumarkt (Obersp.) 108,12. Jorchheim 106,93. Schwabach 97,51. Greifenberg i. P. 90,14. Neustettin 87,46. Penitz 60. — Weiskirchen 52,47. Ziegenhals 41,37. Weisung 31,62. Schenitz 28,15. Schwedt 24,49. Erlangen 20,17. Bitterfeld 4036,04. Köstlin 1673,06. Neumünster 1342,33. Jenz 382,45. Eßlingen 358,68. Freital 314,99. Schönebeck a. E. 234,25. Königshagen i. P. 108,60. Bären 46,55. Straßburg 381,34. Rempfen 457,44. Lützenau 393,51. Sireha a. d. E. 370,86. Kupperberg 355,51. Gainsdorf 342,01. Burg b. M. 331,90. Stade 306,13. Ermleben 273,35. Mügeln b. D. 249,12. Königsmutter 236,68. Mühlberg a. d. E. 214,14. Penitz a. d. E. 202,99. Erudlinburg 156,12. Niederzweigen 121,12. Treuenbrietzen 120,06. Dommitzsch 119. — Genthin 115,20. Blankenburg a. S. 112,12. Krotzenburg 107,59. Reippenburg 96,71. Born 91,74. Arnstadt 86,61. Barby 66,10. Brämische 50,40.

Korbach 46,85. Ebstorf 43,89. Klöße 34,54. Driesen 33,25. Lhen 26,88. Röhla 26,81. Borna 20,10. Weisung 8,40. Straßburg 2, Südbach — 60. Tüft 1416,17. Staßfurt 900. — Wittenberg (W.) 484,07. Lauenburg a. E. 818. — Marne 763,98. — Weiskirchen 485,42. Parchim 456,13. Goslar 416,39. Eisenach 394,27. Straub 329,85. Osterwieck a. S. 316,98. Greifenberg i. Schl. 301,84. Döblich 281,44. Annaberg (W. S.) 253,86. Neustadt a. b. S. 241. Harlingerode 237,83. Friedland i. M. 223,26. Esterwerda 190. Wünschendorf 185,16. Schwiebus 181,88. Rebenfelden 160,81. Wlog 154,53. Niesla 147,55. Audenwalde 126,43. W.-Eisenbach 72. Wehlau 60,09. Annaburg i. Erzg. 54,76. Schönberg i. M. 40. Greifswald 34,19. Burgdorf 33,69. Pahlhude 32,59. Gelfshörbe 24,75. Mey 2. — Groitzsch 1,13. Gameln 51,59. S. 91 617. — S. burg a. d. E. 4375,89. Delmenhorst 2663,24. Bremen 1485, Mannheim 1117,92. Weibel i. G. 726,95. Erfurt 552,46. Brandenburg 317,20. Döbeln 296,36. Dornberg a. d. W. 94,27. Marktredwitz 516,50. Stolp i. P. 435,76. Celle 382,71. Neuhofen i. d. Pf. 376. Gerdtschhausen 358,41. Weimar 177,81. Neubudum 175,62. Oberröhlau 154,81. Helmstedt 130,40. Weiskirchen 97,58. Kauffung 96. Jörzig 83,92. Alfeld 38,63. P. Sch. 5. — Wismar 4. Kadeberg 1325,34. Sonneberg (S.-M.) 779,52. Bunzlau 644. Mühlheim a. d. R. 237,70. Berth 221,60. Groitzsch 92,87. Klebe 82. Emmerich 62,08. Abbau i. S. 346,27. Zhalo a. G. 322,64. Greifenberg i. Schl. 240,53. Gr.-Westen 205,45. Altrip 162,96. Uedermünde 161,38. Müß 161,25. Beuthen (O.-Schl.) 155,55. Gießershausen 143,78. Alen 125,66. Kaufha 121,32. Neustadt (O.-Schl.) 4. Weiskirchen 179. St. 5. — Braunschweig 6806,59. Dessau 4413,2. Girschberg i. Schl. 1541,25. Chemnitz 1500. — S. — 730,84. Ludwigshafen 468,86. Köln a. Rh. 3959,69. Münsing 462,44. Hamau 440. Jena 416. Habelberg 186,68. Cronau 114,74. Fürstenaue 86. Kaiserlautern 81,75. Velzen 71. — Alfstedt 54,68. Fuzgen 51. — Dresden 1. — Weisung 5803,89. Elmshorn 5310,55. Höchst a. M. 4368. Lugsdorf 2107,24. Halle a. d. S. 1633,51. Roswig (Anh.) 1657,3. Fürth 1018,43. Elbing 700. — Wiesbad 690,26. Heberheim 586. Sigen a. S. 576,37. Geesthacht 397,50. Rhymont 37,50.

Stuß: Montag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr.
Fr. D r u n s, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1913 haben eingelangt:

Weiskirchen, Celle, Nossen, Erlangen, Neustettin, Weisung, Straßburg a. d. Elbe, Delmenhorst, Porey a. d. E., Weiskirchen, Friedland i. M., Greifenberg i. Schl., Goslar, Walsrode, Annaberg i. E., Döbeln, Weiskirchen, Niederzweigen, Wehlau, Dommitzsch, Klöße, Sonneberg (S.-M.), Königslutter, Röhla, Gainsdorf, Dornberg, Lugsdorf, Greifswald, Döblich-Görden, Borne, Brämische, Thum, Pahlhude, Mügeln b. D., Burg b. M., Driesen, Eisenberg, Berth, Straßburg, Stade, Penitz (O.-S.), Rempfen, Gelfshörbe, Duedlinburg, Blankenburg, Ermleben, Barck, Treuenbrietzen, Brudmühl, Korbach, Krotzenburg, Genthin, Barby a. D., Mannheim, Emmerich, Klebe, Mühlheim, Parchim, Marktredwitz, Schwiebus, Stolp i. P., Audenwalde, Gerdtschhausen, Esterwerda, Marne, Kupperberg, Rebenfelden, Lauenburg a. d. E., Wünschendorf, Weiskirchen-Giesebach, Aue i. Erzg., Streba a. d. E., Abbau i. S., Harlingerode, Annaburg, Neumarkt (O.-Pf.), Lauenburg, Lützenau, Erfurt, Kauffung, Straubing, Glogau, Weiskirchen, Götter, Osterwieck, Ocherzleben, Groitzsch, Bremen, Mainz, Braunschweig, Tüft, Fürth i. W., Elmshorn, Zehoe, Breslau, Weiskirchen auf Sybrin, Grünberg, Fürstenaue, Brandenburg a. d. S., Kaufha, Neufahrn, Wismar, Helmstedt, Döblich, Auerbach, Zehdenitz, Weimar, Weiskirchen, Jörzig, Thann, Kiel, Köln, Höchst a. M., Plauenscher Grund, Ludwigshafen a. Rh., Kassel, Wiesbad, Uedermünde, Alen, Kadeberg i. S., Gießershausen, Beuthen (O.-Schl.), Alfstedt, Bernburg, Meißel, Velten i. M., Girschberg, Schornberg, Eisenach, Cronau, Alfstedt, Nelze, Gollnow, Münsing, Altrip, Kaiserlautern, Mühlberg a. d. E., Thum a. S., Müß, Mühlhausen i. E., Gaben, Münsing, Bunzlau, Große hain, Wallershausen, Jänsburg, Halle a. d. S., Dessau, Plauen, Kolbenmoor, Gießen, Freienwalde, Rehin a. d. S., Rastenburg, Pajewal, Weiskirchen, Kolditz, Ebersdorf, Waldsassen, Ansbach, Münsing, Weiskirchen, Reichenau, Pries, Brunsbüttelkoog, Habelberg, Elbing, Querfurt, Rhymont, Wierzen.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretener in
440 801	Babette Bayer	8. 12. 83	14. 4. 10	Nürnberg
349 609	August Müller	19. 7. 71	19. 10. 08	Dresden
533 479	Jacob Embach	1. 11. 88	3. 3. 12	Bärstadt
281 678	Arno Albert Dbrig	31. 3. 78	4. 8. 07	Mügelb. b. D.
350 313	Heinrich Vahr	24. 6. 66	21. 12. 08	Pries
412 665	Heinrich Spät	25. 4. 76	1. 10. 03	Hannover
464 629	Franz Hermann	17. 9. 68	28. 1. 06	Ludwigshafen
490 630	Willy Schüge	2. 1. 94	11. 2. 12	Wieserbleben

Karten-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretener in
303 059	Wilhelm Engelmann	31. 8. 86	26. 10. 12	Leipzig
320 816	Anna Horst	9. 2. 96	1. 3. 13	Hamburg
323 707	Katharina Marstein	3. 1. 93	2. 4. 13	Tüffelooft

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Alen. Wilhelm Sauter, Weinstr. 17. Wilhelm Gärtner, Unterhöfstr. 23.
Beuthen. Anton Wola, Schwarzwald 21, Post Antonierhütte (O.-S.). August Stahr, Charlottenhof (O.-S.), Kronprinzstr. 6.
Borbis-Görden. Heinrich Hufscheld, Gördenstraße, Gördenstraße 6. Heinrich Leeband, Gördenstraße, Jungfernstieg 69.
Danzig. Paul Richard, Danzig-Schlicht, Mittelstr. 27. p. Friedrich Barisch, Opitzstr. 19, 1. Et.
Dortmund. Unterstützung bei Franz Scharr, Weiskirchenstraße 57, 3. Et., von 12 bis 1 Uhr und 7 bis 9 Uhr.
Glogau. Paul Baier, Glogau-Vorstadt, Bernerhaus. Paul Kochau, Lange Str. 82.
Königsberg. Bureau: Gewerkschaftshaus, Vorder-Roßgarten 61/62. 3. Et., Nummer 18.
Kreis a. d. Ostbahn. (Gau 5.) Paul Sagert, Seezir. 3. Gustav Marks, Gartenstr. 8.
Lützenau. Oswald Weber, Markt 262, Hinterhaus.
Neumarkt (Oberpaltz). Ferdinand Reißbach, Zülpengasse 19.
Querfurt. Hermann Gewalt, Sigmundstr. Joseph Lothardt, Thaldorf bei Querfurt Nr. 105.
Schömar. Adolf Holzhauser, Lange Str. 4. Heinrich Sander, Auguststr. 9.
Schwabach. Wilhelm Stod, Friedrichstr. 12.
Schwenningen. Gottlieb Jädle, Schwabach 86. Johann Jädle, Schwabach 86.
Stadthagen. Wilhelm Bartels, Schulstr. 17.
Zehdenitz. Wilhelm Niemann, Schlenkerstr. 9. Karl Verbera, Wollstr. 37.
Züllichau. Julius Baganz, Tuchmacherstr. 2, pt.

Inserate.

Zahlstelle Weiskirchen-Oberkohan.
Zum baldigen Eintritt wird ein **Lokalbeamter** gesucht. Bewerber müssen 3 Jahre Mitglied unseres Verbandes mit der Leitung einer Zahlstelle vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Dresdener Verbandes, Gehaltsklasse 2. Bewerbungen sind bis zum Sonntag, den 25. Januar, an den Kollegen Karl Ulsch, Oberkohan, Konradreuther Straße 264, zu richten und müssen die Mitgliedsnummer und die Anstellungsnummer des Anstellers enthalten. Die Anstellungsnummer ist: Herrmann

Chemische Industrie

Auf dem Wege zum Trust.

In der vorigen Nummer des „Proletariers“ berichteten wir, daß der Anilin-Konzern die Mehrheit der Aktien des Vereins chemischer Fabriken in Besitz erworben hat. Mit diesem Wissen scheint aber der Hunger des Allein herrschenden Konzerns noch nicht gestillt zu sein. Ziel mehr sollen auch die Chemischen Werke von Albert in Umburg-Wiebrich dem Anilintrust einverleibt werden. Das ist ein noch fetterer Hapfen als der Zeiger-Fünfmillionen-Verein. Die vorm. Albertschen Werke arbeiten mit 10 Millionen Mark Aktienkapital und haben allein in Deutschland in ca. 15 Orten Betriebe, außerdem noch zirka zwanzig im Auslande. Auch hier handelt es sich, wie bei dem Verein chemischer Fabriken, fast ausschließlich um Düngerefabriken. In den Werken der Gesellschaft werden ca. 2000 Arbeiter beschäftigt. Die Rentabilität der Werke ist seit vielen Jahren glänzend. In den letzten sechs Jahren sind nie weniger als 30 Prozent Dividende ausgeschüttet worden. Daneben wurden noch ca. 6 Millionen Mark als Reserven aufgehäuft. Wie bei dieser Gesellschaft mit dem Gelde umgegangen wird, mag die Tatsache zeigen, daß im letzten Geschäftsjahre an Tantiemen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte das runde Stümchen von 457 000 Mark ausgeworfen wurde.

Die Angliederung der Chemischen Werke Umburg-Wiebrich an den Anilintrust bedeutet also eine sehr erhebliche Steigerung der Macht und des Einflusses dieses chemischen Riesenkonzerns. Schon jetzt stellen die drei Unternehmungen, die den Anilin-Konzern bilden, eine ungeheure Kapitalmacht dar. Es beträgt zurzeit das gesamte Aktienkapital bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik 35 Millionen Mark, bei den Elberfelder Farbenfabriken 36 Millionen Mark und bei der Treptower Anilin-fabrik 14 Millionen Mark. Außerdem haben diese Gesellschaften ihre Betriebskapitalien noch durch Anleihen im Gesamtbetrage von 60,5 Millionen Mark verstärkt. Unter Einrechnung der offenen Reserven kommt man schließlich zu einer Kapitalmasse von 215 Millionen Mark für den gesamten Konzern, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß der Betrag der durch große Abschreibungen, niedrige Bewertung von Vorräten usw. „versteckten“ Gewinne und Reserven gerade bei diesen Unternehmungen ein sehr hoher ist. Dieser plötzliche Ausdehnungsdrang des Anilinkonzerns hat ganz bestimmte Ursachen. Wir haben schon vor einigen Wochen mitgeteilt, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik in Oppau Ammoniak nach einem neuen Verfahren erzeugt und zu billigeren Preisen auf den Markt bringt. Dadurch wurde sie mit der Deutschen Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung in Bochum in einen Konkurrenzkampf verwickelt, bei dem auf beiden Seiten mit allen Mitteln des Terrors gekämpft wurde. Um nun für diesen Kampf gerüstet zu sein, kauft der Anilinkonzern — sich einfach die abnehmenden Fabriken. Der Bochumer Verein hatte sich zwar rechtzeitig die Kunden durch Verträge sichern wollen, aber auf die Idee, Kunden zu kaufen, war er noch nicht verfallen. Vielleicht fehlen ihm dazu auch die Millionen. Inzwischen hat er eingesehen, daß mit dem Anilinkonzern nicht gut Kirchen essen ist. Es ist infolgedessen zu einer Wertschätzung gekommen. Jetzt werden beide Gesellschaften den Markt unter sich aufteilen und dann durch Steigerung der Preise ihren Verlust wieder beibringen. Dieser Vorgang zeigt, welche Macht schon heute in den Händen, richtiger in den Geldschränken der Interessengemeinschaft Ludwigshafen-Leverkusen-Treptow liegt. Die Interessengemeinschaft zwischen den drei Werken beruht auf einem Vertrage, der im Prinzip die Selbstständigkeit der einzelnen Gesellschaft nicht berührt. Die nach einheitlichen Grundrissen zu ermittelnden Ertragsnisse der drei Gesellschaften werden zusammengeworfen und nach Abzug der Reserven usw. in der Weise aufgeteilt, daß Elberfeld 43 Prozent, Ludwigshafen 43 Prozent und Treptow-Berlin 14 Prozent vom Reingewinn erhält. Um diese Reingewinne

recht hoch zu schrauben, unterstützen sich die drei Gesellschaften wechselseitig. Sie weisen sich einander Kunden zu, tauschen Geschäftserfahrungen aus, errichten gemeinsame Propagandainstitute und führen gemeinsam den Kampf gegen die Konkurrenz. So wird z. B. zwischen den Elberfeldern und den Höchstern Fabriken ein sehr hitziger Kampf auf dem Absatzmarkt geführt, von dem allerdings der Außenstehende wenig merkt, der aber in den geheimen Beratungen der Gesellschaften eine große Rolle spielt.

Mit der gegenseitigen Förderung auf dem Absatzmarkt ist jedoch das Zusammenwirken der fusionierten Gesellschaft nicht erschöpft. Auch auf die Arbeitsverhältnisse erstrecken sich die Abmachungen. So dürfen die angeschlossenen Werke sich einander keine Beamten oder Arbeiter wegnehmen. Besonders bei den Beamten, den kaufmännischen und technischen sowohl bei den Betriebschemikern, wird sehr streng darauf geachtet, daß sie nicht von einer Firma zur andern wechseln. Die Freizügigkeit wird ihnen beschränkt, ohne daß sie es wissen.

Auch die Art und Höhe der Arbeitslöhne unterliegt den Vereinbarungen. Allerdings nicht so, daß eine allgemeine Gleichmäßigkeit gefordert würde. Das ließe sich schon in Rücksicht auf die Betriebseinrichtungen nicht durchführen. Aber die fusionierten Werke tauschen ihre Lohnlisten, oder doch Zusammenstellungen derselben und Auszüge daraus, untereinander aus. Ferner werden Vergleiche aufgemacht, welcher Betrieb mit dem geringsten Prozentsatz Arbeitslohn (im Verhältnis zum Warenwert) auskommt. Die am schlechtesten wirtschaftenden, d. h. diejenigen, die absolut oder im Verhältnis zum erzeugten Warenwert die höchsten Arbeitslöhne bezahlen, werden dadurch gemahnt, sich zu „bessern“, d. h. die Arbeitslöhne zu beschneiden oder durch andre Maßnahmen, wie Steigerung der Arbeitsleistung, auf einen für die Gewinnerzielung günstigeren Stand zu kommen.

In dieser Tätigkeit des Anilintrusts liegt eine ernste Gefahr für die Arbeiterschaft und auch für die Angestellten und Beamten. Je weiter der Trust seine Fänge ausstreckt, je mehr Betriebe er unter seine Kontrolle und seine Herrschaft bringt, je weiter er seinen Einfluß ausdehnt, um so mehr wird die Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten eingeengt und ihr Aufwärtstreben gehemmt.

Die aufwuchernde Macht dieses Millionentrusts kann nur gebrochen werden durch einen Gegentrust der Arbeiter. Zweihundert Millionen Mark, geleitet von einem einheitlichen Willen, sind gewiß eine gewaltige Kraft. Aber ohne die 50 000 Hände, die dieses Kapital in Bewegung setzen, in Umlauf bringen, ist der Trust ein Koloss auf tönernen Füßen. Wenn die Eisen nicht rauchen, die Maschinen nicht surren, wenn nicht vieltausend Hände in nimmermüder Geschäftigkeit wägen und mischen und lochen und verschälen, dann ist das Geld totes Kapital, dann sind seine Besitzer hilflose Menschen. Deshalb kann uns dieser Zusammenschluß ungeheurer Kapitalmassen auch nicht schrecken. Nur die ernste Gefahr rückt er uns schärfer vor Augen, die darin liegt, daß Tausende und aber Tausende der chemischen Proletarier noch immer tatlos dem Kampfe ihrer Brüder zuschauen oder gar, irreführt oder gezwungen, als gelbe Schutztruppe den Uebermut des Kapitals stärken. Auf diese ernste Gefahr müssen wir immer und immer wieder hinweisen; sie zu beseitigen, müssen wir alle Kräfte anspannen. Gelingt es uns, der einheitlichen Macht des Kapitals eine einheitlich organisierte Arbeiterschaft gegenüberzustellen, dann ist uns um den Ausgang des Kampfes gar nicht bange.

Ein Goldonkel der Sozialdemokratie.

Unter obiger Ueberschrift geht eine Notiz durch die Presse des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, die sich gegen den belgischen Großindustriellen Solway richtet. Dieser Solway ist in Belgien als Pflanztrupp (Menschenfreund) bekannt. Er hat seit Jahren erhebliche Summen für die Zwecke der Volkswohlfahrt, namentlich der Volksbildung, die in Belgien infolge der Pfaffenherrschaft geradezu grauenhaft vernachlässigt wird, zur Verfügung gestellt. Unter anderem hat er in letzter Zeit 1 Million Frank zum Zwecke der Zentralisation der Arbeiter- und Jugendbildung der Leitung der sozialdemokratischen Partei Belgiens überwiesen. Wer da weiß, mit welchem Eifer und mit welchem Erfolg

gerade die Sozialdemokratie in Belgien bemüht ist, die Sünden der liberalen Herrschaft wenigstens zu einem Teile wieder auszugleichen, wird zugeben müssen, daß diese Million just an die rechte Adresse gekommen ist. Dabei sei nebenher bemerkt, daß Solway nicht Sozialdemokrat ist — die liberale Presse Deutschlands behauptet in ihrer bekannten Ungeniertheit das Gegenteil — und daß die ausgemessene Million nur ein Teilbetrag einer erheblich größeren Summe ist, die Solway anlässlich seines fünfzigjährigen Geschäftsjubiläums für verschiedene Wohlfahrtszwecke hergeben hat. Man wird also zugeben müssen, daß die bedingungslose Hergabe einer Million Frank für Bildungszwecke unter diesen Umständen eine schätzbare Gabe ganz gewiß nicht verdient.

Was tut nun aber die christliche Presse? Sie läßt zunächst, wie schon bemerkt, Solway in einen Sozialdemokraten um. Dann behauptet sie frisch, fromm und frei, die Million sei hergegeben „zwecks Zentralisation der Gewerkschaften“. Das ist zwar eine unerschämte Lüge, aber es macht sich besser als die Tatsache, daß sie zur Förderung des Bildungswesens bestimmt ist. Endlich hängt die fromme deutsche Presse der Notiz folgenden Schwänzen an:

„Diese Angelegenheit ist für die deutsche Arbeiterschaft insofern von Interesse, als Ernest Solway einen Teil seiner hohen Gewinne, die er im Laufe der Jahre einheimte, auf Kosten vielfach recht niedriger Löhne, die er in Deutschland zahlte, bücken kann.“

Die Firma Solway besitzt Kali-, Steinsalz-, Braunkohlen- und Steinkohlenanlagen sowie Soda-, Ammoniak- und sonstige Fabriken und Dampfziegeleien in Bernburg und Diermierzburg (Anhalt), Beilken, Mithelshainberg, Borth, Wallach, Wyhlen, Hohenfalte, Hamburg, Saarlautern und Chateau-Salins. Die Zahl der Arbeiter, ohne Beamten, beträgt in Deutschland fast 6000, das Aktienkapital 10 Millionen Mark bis 1904, wo 30 Millionen zum Reservefonds genommen und das Aktienkapital auf 40 Millionen Mark erhöht wurde. Die Reingewinne betragen von 1897 bis 1911, also in fünfzehn Jahren, 103 166 000 Mark. Im Jahre 1906 zahlte die Firma in ihren Betrieben bei zwölfstündiger Schicht noch Löhne für erwachsene Arbeiter von 2,40 bis 2,60 Mark pro Schicht, und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sah sich veranlaßt, um die Firma zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen, einen wochenlangen Streik zu führen. So sieht der Goldonkel der Sozialdemokratie aus, auf dessen Werken heute noch vielfach der gewerkschaftlichen Organisation die größten Schwierigkeiten bereitet werden.“

Wir haben weder Lust noch Anlaß, den Großindustriellen Solway gegen christliche Angriffe zu schützen. Innerlich wäre es gut gewesen, wenn die fromme Presse der Wahrheit etwas mehr Ehre erwiesen hätte. Sie hätte dann zugeben müssen, daß die Bernburger Solwaywerke schon vor vielen Jahren, als erster Großbetrieb der chemischen Industrie, den Achtstundentag für die Betriebsarbeiter eingeführt haben und auch sonst in mancher Hinsicht vorbildlich gewesen sind. Auch erfordert die Gerechtigkeit, zu sagen, daß kein anderer Großbetrieb der chemischen Industrie bekannt ist, in dem den Arbeitern weniger Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Koalitionsrechts gemacht werden. Damit wollen wir gewiß nicht sagen, daß in den Solwaywerken nicht noch manches zu bessern sei. Aber wir sind nicht „christlich“ genug, für bestehende Mängel ein im Ausland lebendes Aufsichtsratsmitglied verantwortlich zu machen. Da läßt es doch schon näher, die diversen mehr oder minder frommen Schreien beim Ohr zu nehmen, die als Zentrumsabgeordnete in Aktiengesellschaften und Privatunternehmungen tätig sind, in denen die Arbeiter viel weniger Lohn und viel weniger Bewegungsfreiheit haben als in den Solwaywerken. Vielleicht dürfen wir da an den Herzog von Arenberg erinnern, der vom Zentrum in den Reichstag gewählt wurde, obwohl er seinen dauernden Wohnsitz in Belgien hatte, dafür aber aus Deutschland ungeheuerlich hohe Summen aus seinen Bergwerksbesitzungen bezog. Im Jahre 1911 erhielt der internationale Zentrumsführer Herzog rund 1/2 Millionen Mark Abgaben von 15 Zechen im Gebiete von Reddinghausen. In diesen Zechen aber werden die Arbeiter tatsächlich nicht nur maßlos ausgebeutet, sondern auch in ihren Arbeiterrechten aufs äußerste beschränkt. Der Arenberger aber tat nichts, um das Los der Arbeiter zu mildern. Er verzehrte in Ruhe seine Millionen in Belgien. Er gab auch nichts her für Zwecke der Volkswohlfahrt. Trotzdem stellte ihn das Zentrum als Kandidaten für den Deutschen Reichstag auf, und die geforschten Zentrumsarbeiter mußten ihn wählen. Dieses eine Beispiel genügt, um darzutun, wie heuchlerisch verlogen und bodenlos unanständig die fromme Presse vorgeht, wenn's gilt, der freien Arbeiterbewegung ein anzuhängen.

Die Bleiarbeiterfabrikanten als Vortrupp der Schwarzmacher.

Der Verein der Bleiarbeiterfabrikanten hat sich schon wiederholt durch das Gegenteil sozialer Einsicht bemerkbar gemacht: auf Kongressen und Konferenzen durch Ableugnen der Arbeitsgefahr in der Bleiarbeiterfabrikation, auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden durch Ausstellung einer Tafel mit nachweisbar unrichtigen Zahlen und kürzlich erst wieder durch offene Drohungen gegen das gewiß nicht sonderlich arbeiterschützende Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. Auch der Einpruch gegen die Verfügung der preussischen Eisenbahndirektion, über den wir in der vorigen Nummer des „Proletariers“ kurz berichteten, ist ein Beweis für die sozialpolitische Rückständigkeit dieser Unternehmerorganisation.

Kürzlich hat sich nun der Verein der Bleiarbeiterfabrikanten ein besonders starkes Stückchen geleistet. Die „Gesellschaft für soziale

Gifte und ihre Wirkungen.

(Schluß.)

Mindestens ebenso giftig wie das Arsen ist der Phosphor, der auch als Medikament Verwendung gefunden hat. Kleine Phosphormengen üben nämlich einen Reiz auf das Knochenwachstum aus und werden daher bei Krankheiten, die durch mangelhaftes Knochenwachstum ausgezeichnet sind, also hauptsächlich bei der weitverbreiteten, wenn auch meist harmlosen „englischen Krankheit“, verordnet. Die Mengen, die den Kindern medikamentös gegeben werden, betragen nur Bruchteile eines Milligramms, so intensiv ist die Wirkung des Phosphors. Aus der knochenreizenden Wirkung des Elements erklären sich auch die Erkrankungen, denen die Phosphorarbeiter ausgesetzt sind. Wenn die Phosphordämpfe den Knochen fortgesetzt treffen, rufen sie zunächst eine Reizung, eine Vermehrung des Knochenwachstums hervor. Es entstehen auf diese Weise große Knochenwucherungen, die später absterben und die als Gewerkskrankheit bekannte Phosphornekrose hervorrufen. Bei der akuten Phosphorvergiftung kommt es wenige Stunden nach Aufnahme des Giftes zu heftigen Erscheinungen seitens des Magen-Darmkanals, namentlich zu Magenschmerzen und Erbrechen. Die erbrochenen Massen haben einen charakteristischen Knoblauchgeruch, leuchten im Dunkeln (wegen ihres Phosphorgehalts) und leiten dadurch leicht auf die Spur des Giftes. Die Verdauungsbeschwerden sind nicht so heftig wie bei der Arsenvergiftung, wohl aber treten nach einigen Tagen schwere Allgemeinerkrankungen auf, die dadurch entstehen, daß Teile des Giftes resorbiert sind, in den Blutkreislauf gelangen und mit dem Blut nun in alle Gewebe gebracht werden. Der Phosphor verursacht dann eine förmliche Degeneration wichtiger Organe; im Herzen, in den Muskeln, in der Leber, der Niere treten zahlreiche Fettkörperchen an Stelle des Fettweisses auf. Da das Fett nicht die Funktion des lebensden Einweisses ersehen kann, kommt es sehr bald zu erheblichen Funktionsstörungen, namentlich seitens des Herzens und der Leber, denen der Organismus meist erliegt. Wegen der großen Giftigkeit des Phosphors ist seine Verwendung im Gewerbeleben immer mehr eingeschränkt worden.

Natürlich ist es äußerst schwierig, die ausgebildete Arsen- und Phosphorvergiftung durch Gegenmittel zu behandeln. Eine schnelle Entleerung des Magens durch Auspumpung oder durch Brechmittel kann die weitere Resorption des Giftes hindern. Das giftige Arsenid sucht man durch Darreichung von Magnesia und Eisenoxydhydrat (Antidotum Arsenicum) in weniger giftige, weil weniger lösliche Arsenverbindungen um-

zuwandeln, während man den Phosphor durch Darreichung verdünnter Kaliumpermanganatlösung in die unschädliche phosphorige Säure zu überführen sucht. Ganz verfehlt ist es, bei Phosphorvergiftung Fett, wie Rizinusöl oder auch Milch, zu geben, da sich der Phosphor in Fett löst und dadurch um so schneller zur Resorption, zur Aufnahme in die Blutbahn, kommt.

Wir wollen uns zum Schluß einem Gift zuwenden, dem Zyanalkali, das zu Selbstmordzwecken außerordentlich oft hat dienen müssen, leider fast stets mit Erfolg. Die Blausäure (Zyanwasserstoff) bzw. deren Kaliumsalz, das Zyanalkali, gehört zu den Giften, die von allen am schnellsten und heftigsten wirken. Es tritt fast unmittelbar nach der Aufnahme des Giftes der Tod ein, ohne daß es zu sichtbaren Vergiftungsercheinungen kommt. Die Blausäure ist noch giftiger als Arsenid, und in ihrer ungeheuren Wirksamkeit auf den menschlichen Körper höchstens noch mit den stark wirkenden Alkaloiden der Nachtschattengewächse zu vergleichen. An Schnelligkeit der Wirkung übertrifft sie auch diese noch. Infolgedessen ist es kein Wunder, daß die Blausäure und vor allem das Zyanalkali, das in der chemischen Industrie mancherlei Verwendung findet, zu kriminellen Vergiftungen oft benutzt ist. Die Blausäure ist einmal ein starkes Nervengift, wirkt lähmend auf die wichtigsten Nervenzentren, vor allem das Hirnzentrum, und führt meist dadurch zum Tode. Außerdem wirkt sie schädigend auf den Gasaustausch innerhalb der Körperzellen. Sie beraubt die Gewebe der Fähigkeit, Sauerstoff aus dem Blut aufzunehmen, verhindert also die wichtigsten Stoffwechselvorgänge des lebenden Organismus und führt dadurch eine innere Erstickung des Körpers herbei. So erklärt es sich, daß Gegenmaßnahmen bei der eingetretenen Vergiftung meist zu spät kommen. Ist die Atmung noch nicht schwer gehindert, so kann eine Magenpflüfung mit Kaliumpermanganat, das die Blausäure in ein wenig giftiges Oxydationsprodukt verwandelt, noch von Erfolg sein. Wegen ihrer Wirkung auf den durch das Blut vermittelten Sauerstoffaustausch hat man die Blausäure auch den Blutgiften zugezählt; das ist indes nicht ganz richtig, da das Gift nicht das sauerstoffführende Blut schädigt, sondern vielmehr die Gewebe der Fähigkeit beraubt, den vorhandenen Sauerstoff zur Atmung an sich zu reißen. Ein wirksames Blutgift ist aber das chloraurale Kali (Kali chloricum), ein als Gurgelmittel vielfach gebrauchtes Medikament. Namentlich Kinder, die noch nicht ordentlich gurgeln können, sind durch Verschlucken des Giftes schwer geschädigt worden. Es empfiehlt sich deshalb, das Mittel, das sich bei Halsentzündungen vorzüglich bewährt, nur in genau dosierter Menge zu geben. Das Kaliumchlorat wirkt deshalb giftig, weil es den normalen Blutstoff, das Hämoglobin, verändert; während das normale Hämoglobin die Sauerstoffübertragung auf die Gewebe besorgt, ist der durch Kali chloricum veränderte Blutstoff, das sogenannte Methämoglobin, dazu nicht imstande. In ihm ist der Sauerstoff fest gebunden, wird nicht abgegeben und kann die Atmung der Gewebe infolgedessen nicht unterstützen. Es kommt also auch hier zu einer inneren Erstickung des Körpers. Die ihres Blutstoffes beraubten Blutkörperchen zerfallen an Laufe der Vergiftung, verkleben miteinander und verstopfen sehr häufig kleinere Blutgefäße, dadurch allerlei Funktionsstörungen der betroffenen Organe herbeiführend. Werden auch die feinen Nierenkanälchen auf diese Weise verstopft, so kommt es oft zu schweren Funktionsstörungen der Nieren, zu vollkommener Harnverhaltung, die im Verein mit den andern Erscheinungen zum Tode führen kann.

Das chloraurale Kalium ist nicht das einzige Gift, das derartige Blutveränderungen macht. Zahllose andre Stoffe noch wandeln den Blutstoff in Methämoglobin um, z. B. Jalepétrigaur-Salze, Nitroglycerin, Nitrobenzol, Anilin usw. Das Methämoglobin verleiht dem Blut eine dunkele, schokoladenbraune Farbe; daran sind die genannten Vergiftungen, speziell die durch Kaliumchlorat herbeigeführten, leicht zu erkennen. Im Gegensatz dazu führt ein andres Blutgift, das Natriumcyanid, das als Vergiftungsurache sehr häufig in Betracht kommt, zu einer kürzesten Vererbung des Blutes. Auch das Kohlenoxyd verbindet sich mit dem Farbstoff des Blutes, aber nicht zu Methämoglobin sondern zu Kohlenoxydhämoglobin, das durch seine hellrote Farbe charakterisiert ist. Auch in diesem Fall wird die Sauerstoffabgabe des Blutes gehindert und eine innere Erstickung der Organe herbeigeführt. Außerdem wirkt das Kohlenoxyd auch auf das Zentralnervensystem, bei längerer Einatmung auch auf Herz und Nieren giftig. Die Kohlenoxydvergiftung ist deshalb so häufig, weil im gewöhnlichen Leuchtgas 6 bis 10 Prozent des giftigen Kohlenoxyds enthalten sind. Die zahlreichen unwilligen oder durch Nachlässigkeit entstandenen Leuchtgasvergiftungen, von denen wir in der Zeitung lesen, sind sämtlich Kohlenoxydvergiftungen; die andern Bestandteile des Leuchtgases (Wasserstoff, Erdgas, Methan, Acetylen, Aethylen) kommen für die Giftwirkung kaum wesentlich in Frage. Auch Gewerbevergiftungen durch Kohlenoxyd sind nicht selten, da das giftige Gas überall bei unvollkommener Verbrennung von Holz, Kohle und andern kohlenstoffhaltigen Material in geschlossenen Räumen entsteht. Besonders gefährlich sind in dieser Hinsicht die bei der Metallverhüttung im Hochofenprozess entstehenden Giftgase, die bis zu 30 Prozent Kohlenoxyd enthalten und, wenn sie nicht durch geeignete Anlagen fortgeleitet werden, zu schweren Vergiftungen Anlaß geben können.

Reform", eine Vereinigung bürgerlicher Ideologen, hat vor einiger Zeit in Düsseldorf eine Tagung abgehalten, auf der den Schlarfmachern einige Wahrheiten gesagt wurden. Zwar waren es weder neue, noch waren sie besonders scharf formuliert, aber sie kamen von sehr honesten Leuten der bürgerlichen Gesellschaft. Unter anderem fand auch der frühere Staatsminister v. Berlepsch einige Worte gegen seine Klassenossen. Das haben natürlich die Schlarfmacher bitter übel genommen. Sie haben auch hier und da heimlich und öffentlich dagegen gewettert, aber doch immerhin mit Reserve und Vorsicht. Anders der Verein der Bleifarbenfabrikanten. Wie der sich mit der Gesellschaft und ihrer Düsseldorfer Tagung beschäftigt, geht aus dem Bericht über eine vor wenigen Tagen abgehaltene Vorstandssitzung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hervor. Es heißt in diesem Bericht über die erwähnte Tagung:

„Die unlängst in Düsseldorf abgehaltene Versammlung der Bleifarbenfabrikanten hat den Verein deutscher Bleifarbenfabrikanten in Köln zu einem Schreiben Anlaß gegeben, worin er seinem Wesen über die gelegentlich dieser Versammlung über das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern getauenen Meinungen ihres Vorsitzenden, des Staatsministers a. D. v. Berlepsch Ausdruck gibt und seine ernstlichen Bedenken über solche weltfremden Ansichten äußert und ferner den Verein der Industriellen ersucht, auch seinerseits gegen die von der genannten Gesellschaft verfolgte Richtung Stellung zu nehmen. Den Mitgliedern des letzteren Vereins war schon früher von dessen Geschäftsführung ein kurzer Bericht über die beregte Versammlung erstattet worden, worin deren, gemäß Zusammenfassung und Verhandlungen, vorwiegend gewerkschaftlicher Charakter gekennzeichnet worden war. Der Vorstand seinerseits stimmte der Auffassung des Vereins deutscher Bleifarbenfabrikanten vorbehaltlos zu, indem er ebenfalls die einheitliche Berücksichtigung der Arbeiterbefreiungen durch die erwähnte Gesellschaft beanstandete, die sich sowohl in den leitenden Vorträgen als auch in den Erörterungen über die zur Verhandlung stehenden Fragen betunden hatte.“

Jedenfalls Bedeutung hat die Kundgebung der Bleifarbenfabrikanten nicht. Jedoch ist sie bemerkenswert als ein Zeugnis für die überdurchschnittliche sozialpolitische Mündigkeit einer Unternehmergruppe, die sich öffentlich oft und gern als besonders einseitig rühmt und mit ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit allzugerühmt möchte.

× Die Not der Aktionäre.

Die „Union“, Fabrik chemischer Produkte in Stettin, hat im letzten Geschäftsjahre etwas weniger Gewinn erzielt als im Jahre zuvor. Der Ueberschuß ermäßigte sich von 1.801.553 M. auf 1.648.578 M., da wohl die diesjährige Betriebsaufnahme die des Vorjahres übertraf, die Gewinne aus Zinsen jedoch niedriger waren und die Umlösen sowie die Abschreibungen größere Summen als im Vorjahre beanspruchten. Aus dem Gewinne sollen unter anderem als Dividende 1.134.000 M. (im Vorjahre 1.260.000) gezahlt und 176.300 M. (195.016) als Kontiemen vermandt werden. Auf neue Rechnung sollen 288.277 M. (296.537) vorgetragen werden. Zu darben brauchen die Aktionäre demnach noch nicht.

× An Arbeitergruppen bereichert hat sich der Kaufmann Staub auf der chemischen Fabrik „Elektron“ (Griesheim). Der traurige Bruder hat jahrelang Arbeitern die monatliche Extrabergütung um die Hälfte gekürzt; er wurde sofort entlassen. Die „Gelben“ haben mit diesem Straben wieder ein teures Mitglied verloren.

× Weihnachtstendenzen chemischer Proletarier.

In der Anilinfabrik in Ludwigshafen fiel am Dienstag, dem 23. Dezember, abends 7 Uhr, der verheiratete Arbeiter Adam Ehmann aus Ludwigshafen in einen Kasten mit kochendem Schwefelnatrium. Er wurde dabei an beiden Beinen und am Unterleib schwer verletzt. Nach Anlegung des ersten Verbandes wurde er in seine nahegelegene Wohnung in der Sodafabrik, Arbeiterkolonie der Fabrik, getragen.

werden, wenn sie auch nur ein Jahr unter denselben Verhältnissen leben müßten wie die Ziegeleiarbeiter. Die schönen Erbsen mit Speck, den schönen Strohhack mit Fleisch, die schöne Arbeit bei Hitze und Staub und auch den schönen Lohn wollten wir ihnen gern gönnen. Den letzten Gegenstand der Beratung bildete die Eingabe der Ziegeleimeister. Der Vorsitzende, Ziegeleibesitzer Klews aus Graesbeck, brachte die schon veröffentlichten Forderungen der Ziegeleimeister zur Besprechung und betonte, daß die berechtigten Forderungen schon lange erfüllt seien. Die Lohnerhöhung sei unberechtigt, besonders für die lippischen Ziegler, von denen er meinte: „Die lippischen Ziegeleiarbeiter haben durchweg in ihrer Heimat ein eigenes Haus, etwas Land und Viehhaltung. Die Bestellung und Erhaltung dieser Befähigung wird von alten Leuten, von Frauen und Kindern besorgt, während die kräftigen Männer im Sommer in den Ziegeleien so viel verdienen, daß sie dem Winter ohne Sorgen entgegensehen können. Durch ein gutes Verhältnis zwischen Ziegeleibesitzern, Meistern und Ziegler kann dieser Zustand zum Segen der Beteiligten erhalten werden. Die Forderungen der Ziegeleimeister sind ansehnend den Forderungen des sozialdemokratischen Fabrikarbeiter-Verbandes entnommen. Sie liegen deshalb auch keineswegs im Interesse der Meister und Ziegeleiarbeiter.“

Herr Klews ist also ebenso schlau wie sein Kollege Meinede. Die lippischen Ziegler sind nach seiner Meinung ganz gut gestellt, so daß sie eine Lohnerhöhung gar nicht brauchen. Die Forderungen der Ziegeleimeister, die Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, sind deshalb überflüssig, sie liegen auch gar nicht im Interesse der Meister und Arbeiter, denn sie sind sozialdemokratischen Ursprungs. Der Fabrikarbeiter-Verband hat dem Ziegeleimeister-Verband diesen Floß in das Ohr geflegt. So ungefähr hat sich der brave Herr Klews die Geschichte gedacht.

Wir können mit diesem Urteil sehr wohl zufrieden sein; Herr Klews und auch die übrigen Ziegeleibesitzer haben offenbar die Empfindung, daß alle Anregungen und Vorstöße in der Ziegeleinindustrie nur von unserm Verband kommen können, sie betrachten unsern Verband als Organisation der Tat, während sie die andern Organisationen bislang nur als Drucksaeh-Veranstaltungen kennen lernen. Mögen die Ziegeleiarbeiter daraus lernen. Besonders die lippischen Ziegler werden nun zu zeigen haben, daß sie mit der obliegenden Haltung der Ziegeleibesitzer nicht einverstanden sind, daß ihre wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht so rosig sind, daß sie auf jede Besserung verzichten können. Dies können sie naturgemäß am nachdrücklichsten, wenn sie sich dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen.

— Uerteil aus der Schamotte-Industrie.

Die „Vereinigung mitteldeutscher Schamottefabriken zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen“ hielt kürzlich zu Berlin ihre Jahresversammlung ab, in der allerlei Interessensfragen beraten wurde. Als Vorsitzender fungierte der Direktor der Groß-Alleroder Tonwerke, Herr Wäckerfeld. Beim Bericht über die allgemeine Geschäftsablage betonte der Berichterstatter, Herr Henneberg aus Freienwalde a. d. O., daß die Produktion mit der Absatzmöglichkeit nicht im Einklang stehe und die Produktion trotzdem noch durch Betriebsveränderungen und Neugründungen gesteigert werde. Die künftigen Umsätze seien daher nicht die besten. Ueber die Gewinnertragnisse der Schamotteindustrie wurde mitgeteilt, daß die 11 bestehenden Aktiengesellschaften mit 31 Millionen Mark Aktienkapital im Jahre 1910 eine Durchschnittsdividende von 10,16 Prozent, 1911 eine solche von 10,8 Prozent und 1912 von 10,3 Prozent erreicht haben. Da kann die Krise jetzt anmarschieren, die Herren Aktionäre haben ihren Beutel gespickt.

Damit der Dividendenbeutel auch in Zukunft nicht Not leidet, haben die Herren vorzüglich zweifelhafte Maßnahmen besprochen, die in absehbarer Zeit verwirklicht werden sollen. Ein Herr Dr. Weisinger vom Industriekongressverband Dresden hielt ihnen einen Vortrag über den Nutzen der Streikversicherung. Er sprach besonders die Leistungen des Verbandes, die einmal in der geldlichen Streitentscheidung und dann in der Beratung und Unterstützung bei Streiks und Streitverhandlungen lagen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Streikversicherung allgemein anerkannt, so daß der allseitige Anschluß zu ermarren ist. Damit gedenken die Schamottefabrikanten einen äußeren Wall gegen die anrückenden begehrlichen Arbeiterbataillone, die in einem Betriebe innerhalb zwölf Jahren die Stundenlöhne um 23 Pf. gesteigert haben sollen.

Den Lohn jedes Jahr um fast 2 Pf. zu steigern, das ist allerdings schrecklich. Und damit dieser Schrecken nicht noch mehr um sich greift, wollen die Herren auch einen inneren Wall schaffen durch die Errichtung gelber Verbände. Ein Herr Tünger, Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Verbände, mußte ihnen ausführlich vortragen, was die Gelben wollen und was sie nicht wollen. Er erzählte ihnen, daß die Gelben vaterländische Gesinnung und gutes Einvernehmen mit den Arbeitgebern pflegen und alle Lohnforderungen auf friedlichem Wege zu erreichen suchen. Diese guten Eigenschaften gefielen den Schamotteherren außerordentlich, so daß es wohl nicht mehr lange dauern dürfte, bis an den schwarzen Anschlagrettern die Bekannmachung prangt, daß eine Anzahl Arbeiter die Gründung eines Verbändes wünscht. Wissen die Arbeiter dieser Schlinge nicht auszuweichen, so haben sie dann das Vergnügen, den Streik zu liefern, mit dem ihr kümmerliches Arbeiterrecht, das sie heute besitzen, ertröhelt wird. Der Lohn aber wird, zur Genugung der Unternehmer und Aktionäre, dann nicht mehr in 12 Jahren um 23 Pf. steigen, sondern viellecht in 23 Jahren um 12 Pf. sinken. Die Herren Aktionäre können einige Prozent Dividende mehr einstreichen, die gelben Arbeiter können sich schwarz und blau schinden und wenn sie dann noch Zeit haben, vaterländische Gesinnung pflegen. — Den Unternehmern die Streikversicherung, den Arbeitern einen gelben „Verband“, das ist also die Lösung der Schamotteherren.

— Schlimme Zeiten.

Die Brüggener A.-G. für Tonwaren-Industrie hat im verflohenen Geschäftsjahre, trotz der ungünstigen Geschäftsablage, wiederum gut abgeköhnt. Es wurde ein Reingewinn von 546.59 M. erzielt. Nach Abzug der dem Reservefonds überwiesenen Summe und der Kontiemen soll eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden, so daß noch 138.05 M. Ueberschuß verbleiben, die für das kommende Geschäftsjahr aufgespeichert werden sollen. — Die Arbeiter hätten für diesen Ueberschuß wohl Verwendung, denn ihr Kapital, ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit haben nicht nur keinen Ueberschuß, sondern sogar einen Fehlbeitrag zu verzeichnen. Und das in-

folge der geringen Verzinsung, die ihnen die Firma in Gestalt des unzureichenden Lohnes gewährt.

Die Siegersdorfer Werke (Ziegelwerke) haben ebenfalls eine gute Ernte zu verzeichnen. Der Reingewinn beträgt 243.78 M. Der Bericht betont, daß es trotz reichlicher Abschreibungen möglich sei, wiederum 8 Prozent Dividende zu verteilen, die Verteilung sei aber davon ab und schlage die Verteilung von nur 7 Prozent Dividende vor, die 161.000 M. erfordert. Für Kontiemen sind 14.696 M. vorgelesen. Außer dem angeführten Reingewinn stehen auch noch 33.668 M. Ueberschuß vom vorigen Jahre zur Verfügung. — Das sind die „schlimmen Zeiten“ der Ziegelei-Unternehmer, die sie hoffentlich gut überleben.

— Vom Kachelofenmarkt.

Die Geschäftslage der Kachelofenindustrie läuft mit der Konjunktur im Baugewerbe in der Regel parallel. So liegt sie denn auch gegenwärtig ziemlich daneben. Aus allen Teilen des Reiches wird über die geringe Beschäftigung geklagt. Am meisten klagen die Fabriken vor Berlin, deren Hauptabsatzgebiet Groß-Berlin ist, wo die Bautätigkeit zurzeit vollständig daniederliegt. Nur wenige Fabriken halten den gesamten Betrieb noch aufrecht, während die andern Betriebe mit verhältnismäßig kürzester Arbeitszeit arbeiten oder den Betrieb vollständig eingestellt haben. Bei den Arbeitern wird nun Schmachthans als Rückenmeister fungieren, und besonders bei jenen, die da immer glaubten, die Organisation entbehren zu können. Die organisierten haben sich wenigstens einen Notgroßten in ihrer Organisation aufgespeichert, der ihnen jetzt gute Dienste leistet. Die Unternehmer werden dagegen von der Not nicht heimgejagt, mag der Betrieb halb oder ganz stillstehen, denn sie haben beizeiten dafür gesorgt, daß genügend Kleingeld im Hause ist.

Die Meißner Ofenfabriken sind noch einigermaßen beschäftigt. In den Betrieben der östlichen Provinzen werden die Aufträge nach Aufstand vernichtet, die im Vorjahre für gute Beschäftigung sorgten. Der Export nach Oesterreich ist infolge der hohen Zollschranken minimal. In Norddeutschland liegen die Verhältnisse etwas günstiger. Hier war es sogar möglich, für Begußkacheln eine fünfprozentige Preiserhöhung durchzuführen. Der Begußkachelofen ist jedoch nur noch in ländlichen Gegenden Absatz, während in den Städten durchweg nur Schmelz- und Schamottefabriken verlagert werden. Das Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeber-Verband des Zäpfer- und Ofenlegewerkes ist von den Fabrikanten fast auf das ganze Reich ausgedehnt und soll „stabilere“ Verhältnisse gezeitigt haben. Die vom Verband der Kachelofenfabrikanten zu Beginn des Jahres 1913 beschlossene zehnprozentige Preiserhöhung konnte infolgedessen allgemein durchgeführt werden. Die Pforten der Unternehmervillen sind deshalb vor jeder Not gesiebt, die Mutter Sorge wird sie nicht überhören; dafür wird sie so ungestümer in die Hüften der Arbeiter Einlaß begehren.

— Stilllegung von Ziegeleien.

Das Syndikat der oberheinischen Backsteinfabriken in Mannheim ernannte kürzlich die Ziegelei der Firma Schwachheimer u. Müller in Altkußheim, um sie stillzulegen. Mit der Ziegeleifirma Gebr. Hoffmann in Neulußheim wurde ein Abkommen getroffen, wonach diese gegen eine entsprechende Abschlagssumme sich verpflichtet, den Ziegeleibetrieb einzustellen und aufzugeben.

Diese Maßnahmen wurden getroffen um die Produktion einzuschränken und die Preise günstig zu gestalten. Die Kauf- oder Abfindungssummen werden verschwiegen, allzu bescheiden werden sie natürlich nicht bemessen sein. Zur Förderung ihrer Profitinteressen scheuen die Ziegeleibesitzer mithin vor keinem Problem zurück, im Hundemühen wissen sie den Konsumenten ihrer Ware gewaltige Summen aufzubürden; sobald aber die Arbeiter einige Pfennige Lohnerhöhung fordern, dann stehen sie angedeutet vor dem Ruin, der Betonbau wird als Schredgespenst benützt usw. Wenn die dortigen Arbeiter wieder einmal mit ihren bescheidenen Forderungen abgewiesen werden, so mögen sie sich daran erinnern, daß dies deshalb geschieht, weil die Ziegeleibesitzer das Nichts ihrer Kollegen mit schwerem Golde besoffen.

— Der Pommerische Ziegel-Industriellen-Verband

hielt kürzlich in Uckermünde eine Generalversammlung ab, in der der Generalsekretär des Verbandes der Zonindustriellen einen Vortrag hielt über den Nutzen der Ziegel-Verkaufsvereinigungen. Die Versammlung beschloß die Einsetzung einer achtgliedrigen Kommission, die die Vorarbeiten zu der demnächst erfolgenden Gründung einer Verkaufsvereinigung erledigen soll. — Die pommerischen Ziegeleibesitzer haben also ihren pommerischen Ziegel-Industriellen-Verband, der wiederum dem Verbande der Zonindustriellen angegliedert ist, und nun kommt noch die Verkaufsvereinigung, offensichtlich genügt diese dreifache Unternehmerorganisation, um den pommerischen Ziegeleiarbeitern die Notwendigkeit einer Arbeiterorganisation endlich plausibel zu machen.

— Aussperrung der Zement- und Ziegeleiarbeiter in Schweden.

Eine Aussperrung der Arbeiter in der Baustoffindustrie, die die sämtlichen schwedischen Zementfabriken, die meisten Ziegelwerke, die Kreidbrüche in der Provinz Schonen und eine ganze Anzahl Steinbrüche mit im ganzen über 3500 Arbeitern umfaßt, hat am 2. Januar begonnen. In diesen Industriezweigen wurden seit langem Verhandlungen wegen eines neuen Uebereinkommens geführt; das bisherige, abgeschloffen im dem Kampffahr 1909 unter recht schlechten Bedingungen, lief am 1. Januar ab. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Die Unternehmer lehnten jede Erhöhung der recht niedrigen Lohnsätze rundweg ab. Kurz vor Weihnachten stellten sie das Ultimatum: entweder — oder! Und am Weihnachtabend kam die Drohung der Aussperrung als Schriftbescheid. Der Stundenlohn für die meisten Arbeiter betrug 20 bis 34 Öre und im Allord können die Arbeiter, die das ganze Jahr beschäftigt sind, nicht mehr als 350 Kronen pro Tag, die Saisonarbeiter 3,75 Kronen verdienen. Dieser Lohn steht in gar keinem Verhältnis zu den teuren Lebensmittelpreisen, die in Schweden herrschen; aber trotzdem verlangen die Unternehmer, daß der bisherige Tarif noch weiter fünf Jahre gelten soll. Die Arbeiter dieser Industriezweige sind gut organisiert; aber die Unternehmer verlangen, daß auch die Hilfsarbeiter in den Steinhauereien, im Mörtelherbeiz, in der Holzindustrie usw. diesem Uebereinkommen unterworfen werden sollen. — Es ist ein recht ernster Konflikt, der hier ausgebrochen ist und leicht um sich greifen kann. Um so mehr, als den schwedischen Unternehmern seit 1909 mächtig der Kamm geschwollen ist.

@@ Keramische Industrie @@

Die Ziegeleibesitzer von Walsrode.

Der Ziegeleibesitzer-Verein für Walsrode und Umgegend war vor einiger Zeit in Walsrode zusammengekommen, um unter anderem auch zu der Arbeitslosenversicherung und der Forderung der Ziegeleimeister Stellung zu nehmen. Der Ziegeleibesitzer E. Meinede referierte über die gegesigliche Arbeitslosenversicherung. Er meinte dabei:

„Wenn nicht zugleich ein Arbeitszwang durchgeführt werden könne, so würde die Zahl der Arbeitslosen und das großstädtische Proletariat ins Ungeheuerliche wachsen. Insbesondere würde eine Entvölkerung des ganzen Landes stattfinden und das ganze Volk würde schließlich nur noch aus Renteneinpflanzern und solchen, die diese Renten auszahlen, bestehen. Es wäre jedoch unerfindlich, wer die erforderlichen Mittel aufbringen soll. Die Forderung für unversicherte Arbeitslosigkeit müßte man den Gemeinden überlassen. Daß bei gutem Willen auch Saisonarbeiter, die also regelmäßig mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit rechnen müssen, vorwärts kommen können, das zeigen unsere Ziegeleiarbeiter, die im Sommer fleißig arbeiten und im Herbst mit ihren Ersparnissen nach der Heimat zurückkehren, um im Kreise ihrer Angehörigen den Winter sorgelos zu durchleben.“

Wenn Herr Meinede mit diesen Auslassungen seinem Namen auch wenig Ehre gemacht hat, so hat er doch gut nachgeplappert. Immerhin ist es interessant, zu hören, daß die Ziegeleibesitzer allgemein der Ansicht sind, daß die „fleißigen“ arbeitenden Ziegeleiarbeiter im Winter sorglos leben können. Alle Ziegeleiarbeiter, bei denen also im Winter die Not drückt, sind nicht genügend fleißig gewesen, sie waren nach der Ansicht der Ziegeleier nicht fleißig genug, haben zu wenig gearbeitet, und wer wenig arbeitet, der soll auch wenig essen. Wenn es aber nach diesem Grundsatze ginge, so müßten die Ziegeleiarbeiter eigentlich im Ueberflusse leben, denn sie haben ja nicht die hässliche Arbeit zu verrichten und die längste Arbeitszeit zu absolvieren. Und wenn es einen laulen Ziegeleiarbeiter gibt, so muß er immer noch mehr arbeiten als der fleißigste Ziegeleibesitzer. Die Herrschaften könnten am besten von ihrer Ansicht luntet

Hochofenschlacke als Baumaterial.

(Nachdruck verboten.)

Die früher veraltete Hochofenschlacke gewinnt immer mehr Beachtung und findet schon eine vielfältige Verwendung. Aus einem lästigen Abfallprodukt ist sie dadurch zu einem sehr geschätzten Artikel geworden. Lange Zeit dachte man bei der Hochofenschlacke nichts anzuwenden. Höchstens konnte man sie zum Aufschütten von Straßen. Aber auch hier ist sie, mag ihrer Billigkeit, nicht besonders beliebt, da sie infolge ihrer geringen Schwerkraft leicht zerfällt und beim einer schwarzen Staub erzeugt, der alles mit einer feinsten Schicht überdeckt. Aus diesem Grunde ist die Schlacke als Baumaterial verpönt und wird nur noch ausnahmsweise da benutzt, wo besseres Material nicht zu beschaffen ist. Dagegen haben sich eine ganze Anzahl anderer Verwendungsmöglichkeiten für die Hochofenschlacke gefunden. Die wichtigsten derselben bietet das Baumaterial. Schon lange wurde hier die Asche an Stelle von Sand zur Herstellung von Mörtern benützt. Allerdings bildet sie auch hier kein immer alles einwandfreies Material. Ist die Asche glasig, so ist sie als Mörtelzusatz nur noch vorübergehend benutzbar, da andernfalls ihre Festigkeit nur gering ist. Nicht genügend ansehnliche Mörte sind ebenfalls zur Mörtelherstellung unbrauchbar, weil sie keine genügende Festigkeit an. Diese Gründe hindern eine lange Zeit eine weitgehende Verwendung der Hochofenschlacke zur Mörtelherstellung. Einen Umsturz brachte die Erfindung geeigneter Verfahren zur Verwitterung der Schlacke in Schlackensand.

Der vorerwähnte Verfahren des Schlackensandes ist, scheint unbedeutend zu sein. Jedoch wird hier wohl wie in häufig, der Zusatz von Wasser gebildet. Das schlackige Wasser in kaltes Wasser gekühlt aber

mit jenem übergoßen, so zerfällt sie infolge des plötzlichen Temperaturwechsels in eine sandartige feinstkörnige Masse. Durch gelegentliche Beobachtung dieses Vorganges war das einfachste Verfahren zur Gewinnung von Schlackensand gegründet. Praktische Versuche und Erfahrungen lieferten dann die Unterlagen zu Verbesserungen. So wird zur Umwandlung der Hochofenschlacke in Sand an Stelle von Wasser auch Dampf und Wasserdampf benützt, die in kräftigen Strahlen gegen die glühenden Massen geführt werden. Der so erzeugte Schlackensand hat ein glasig körniges Gefüge. Dabei ist er sehr und scharftartig und bildet ein ansehnliches Material zur Mörtelherstellung, welches dem flüssigen Schlackensand für viele Zwecke ebenbürtig oder gar überlegen ist. Der Schlackensand findet deshalb in ausgedehnter Weise Verwendung sowohl für Ziegel- und Bruchsteinherstellung, als auch für Kanalisations- und Wasserbauten. Ferner bildet er ein vorzügliches Material für Betonarbeiten. Bei all diesen Verwendungszwecken kommen dem Schlackensand nicht nur seine durch die äußere Form und die große Billigkeit gegebenen Vorteile zugute, sondern auch noch der Umstand, daß er vermöge seiner Zusammensetzung auch gleichzeitig bindende Eigenschaften hat. Entschieden ist es doch die wichtigsten Bestandteile des Zementes, so daß bei seiner Verwendung an andern Bindemitteln, Kalk, Zement und dergleichen, gespart werden kann. Diese Bindkraft ermöglicht auch die Verarbeitung von Hochofenschlacken zu Zement. Zu diesem Zwecke werden die Schlacken für sich allein oder mit entsprechenden Zusätzen, wie Kalk, Trass, Magnesia, Barium und dergleichen, gemischt zu Zement verarbeitet.

Die Verwendung der Hochofenschlacke zu Zementen beschränkt sich aber nicht nur auf Mörtelherstellung, sondern sie liefert auch ein vorzügliches Material zur Herstellung der Schlackenzementsteine. Diese werden aus

einem Gemisch von Schlacken mit einem Bindemittel hergestellt. Zu diesem Zweck werden die Schlacken granuliert, gemahlen, abgeseiht und dann in einen Mischapparat mit ebenfalls feingemahltem ungelöshtem Kalk und Wasser vermengt. Die so erhaltene Mischung kommt in eine Form und diese unter dem Preßstempel. Je nach der Zusammenfügung der Asche und dem Verwendungszweck der fertigen Steine werden auch wohl noch Zement, Gips oder andre Stoffe zugelegt. Die so hergestellten Steine, welche entweder die Form der gewöhnlichen Ziegelsteine oder die der sogenannten Schwemmsteine erhalten, müssen vor ihrer Benutzung erst längere Zeit an der Luft lagern, bis der Kalk und Zement vollständig abbinden und dadurch der Stein die erforderliche Festigkeit erlangt hat. Dieser Erhärtungsprozess, der ein Jahr und mehr dauert, kann durch besondere Verfahren wesentlich abgekürzt werden.

Die Schlackenzementsteine stehen bezüglich ihrer Festigkeit den Lehmsteinen nur wenig nach, während sie erheblich leichter sind als diese. Ihre Hauptvorteile liegen in ihrem großen Schall- und Wärmedämmungsvermögen. Sie werden deshalb mit Vorliebe für Innenwände sowie als Verdecklagen benützt, um die einzelnen Wohnräume schallsicher voneinander abzusperren, wozu sie wie taum ein andres Material geeignet sind. Dabei verbindet sich der Wandputz sehr leicht mit ihnen und trocknet rasch vollständig aus, so daß die Wände nach ihrer Fertigstellung in kürzester Frist gestrichen und tapeziert werden können, ohne daß ein Verbleichen der Farben zu befürchten ist. Auch verwendet man die Schlackenzementsteine gern zum Einmauern von Dampfsteifen und sonstigen Feuerungen sowie für Keller-, Zwischengelände- und Dachgewölbe, überhaupt für alle Zwecke, wo es auf möglichste Sicherheit gegen die Fortleitung des Schalles oder der Wärme und auf geringes Gewicht in Verbindung mit großer Tragfähigkeit ankommt.